

mit irgend welchen Ausflüchten schwach machen, wie er jetzt nicht mag, die Weltform zu benutzen, die Fried ihm gebaut hat! Das hat seinen guten Grund; denn bei einem Kampfe darum würde...

Er hat sich als fernsehender Beobachter jünger Mann der Militär- dienstzeit in seinem Vaterlande entzogen! Er hat dies selbst in seinem Buche zugestanden. Man macht recht viel Aufhebens davon, daß er sich bei Kriegsausbruch in Bayern freiwillig gemeldet hat! Seine Propagandisten stellen es so hin, als habe er den Mittelmächten eine Gnade damit erwiesen, daß er in einem ihrer Heere gekämpft habe, und daß er dafür besonders belohnt werden müsse! Wenn er als 25-jähriger kräftiger junger Mensch sich in Bayern freiwillig gemeldet hat, so hat er damit nur verhindert, daß er in Österreich seiner Wehrpflicht nachkommen mußte, und daß er wegen seiner Desertion zur Verantwortung gezogen worden wäre! Es besteht also keinerlei Anlaß, daß Hitler sich mit seiner Meldung zum Kriegsdienst in Bayern brüste! Er weiß das auch, und das ist der Grund, warum er jetzt schwach macht und Fried allein in der Tinte sitzen läßt!

Weimar, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Am 27. März 1930 brachte die sozialdemokratische Presse die Meldung, daß die thüringische Regierung beabsichtige, Hitler zum thüringischen Staatsbeamten zu bestellen, um ihm auf diese Weise die Möglichkeit zur Erlangung der thüringischen bzw. deutschen Staatsangehörigkeit zu verschaffen. Diese Pressemeldung veranlaßte den demokratischen thüringischen Landtagsabgeordneten Kallenbach, am 28. März 1930 folgende schriftliche Anfrage an die Regierung zu richten: „Ich frage die Regierung: ob es zutrifft, daß sie dem an einem hochverehrten Unternehmen gegen das Reich führend beteiligten gewesenen staatenlosen Adolf Hitler die Erlangung der thüringischen Staatsangehörigkeit ermöglichen will dadurch, daß sie ihn pro forma als thüringischen Staatsbeamten anstellt? Staudt die Regierung es mit ihrer Amtspflicht vereinbaren zu können, das thüringische Staatsbeamtenamt mit der scheinbaren Anstellung Hitlers als Beamten lediglich zu dem Zweck benutzen zu können, die sonst der Einbürgerung Hitlers entgegenstehenden Hemmnisse zu umgehen und Hitler dadurch einen persönlichen Gewinn zu erweihen?“ Auf diese Anfrage erteilte das thüringische Staatsministerium am 15. April 1930 folgende schriftliche Antwort: „Die Staatsregierung hat nicht die Absicht, Herrn Adolf Hitler den Erwerb der thüringischen Staatsangehörigkeit dadurch zu ermöglichen, daß sie ihn pro forma als thüringischen Staatsbeamten anstellt, gez. Baum, Staatsminister.“ Mit der Beantwortung der Anfrage hat sich jederzeit das Schlichtamt beschäftigt. An der Sitzung hat Fried, wie aus glaubwürdig verifiziert wird, selbst teilgenommen.

Berlin, 5. Februar.

Der Reichsinnenminister Groener hat nach gestern abend dem Reichsfinanzminister ein Gutachten zugehen lassen, das zu den Dokumenten der thüringischen Regierung zur Frage der Einbürgerung Adolf Hitlers Stellung nimmt.

Das Reichsinnenministerium nicht, der „Kölnischen Zeitung“ zufolge, auf dem Standpunkt, daß, wenn eine Ernennung durch den damaligen Minister Fried in der von den beiden Beamten geschriebenen Weise erfolgt wäre, zweifellos der ganze Vorgang ungültig wäre. Es müßte sich, falls Minister Fried die Urkunde vollzogen hätte, um eine Scheinernennung gehandelt haben, da weder der Ernennende, noch der Ernennete die Absicht gehabt hätten, die Beamtenbezeichnung herbeizuführen.

Weimar, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Zu der Ernennung Hitlers zum thüringischen Staatsbeamten erklärte Staatsminister Baum auf eine Anfrage, daß die Öffentlichkeit am Freitag durch eine Erklärung der Regierung aufs genaueste informiert werde. Das Kabinett werde insbesondere zu dem Vorgehen des Ministers Fried Stellung nehmen und die Frage erörtern, ob das Verhalten der beiden Ministerpräsidenten mit den beamtenrechtlichen Bestimmungen zu vereinbaren sei. Der Minister erklärte, er habe, nachdem die Angelegenheit in der Öffentlichkeit erörtert worden sei, es für seine Pflicht gehalten, der Reichsregierung von den Vorgängen in Thüringen im Jahre 1930 Kenntnis zu geben.

Neuer Rechtsstreik Danzigs über Polen

Internationaler Gerichtshof entscheidet zugunsten Danzigs
Amsterdam, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.)
In dem Streit zwischen Danzig und Polen hat der Haager künftige internationale Gerichtshof am Donnerstag nachmittags sein Gutachten wegen der Behandlung polnischer Untertanen und anderer Personen polnischer Sprache auf dem Gebiet von Danzig mit 9 gegen 4 Stimmen dahingehend erteilt, daß der Staatsrat der Stadt Danzig gerechtfertigt ist und die im Gebiet der Freistadt Danzig wohnenden polnischen Untertanen kein Recht auf gleiche Behandlung als Danziger Bürger haben.

Das Leben

der Marie Szameitat

Roman von Josef Maria Frank
Copyright 1930 by „Der Bücherkreis G.m.b.H.“ Berlin SW 61 32)

Das Leben des Marie, das sich sehr weit ausbreitet, hat erfüllt sie mit jeder Zufallschance für sie, daß sie wieder verheiratet und in manchen Stunden dankbar ist. Auch er empfand das Neue und freute sich über das Vergangene und Gelingen des eigenen Heimes, das Schicksal brachte und einen Menschen, der auf einen Markt und für einen sorgfältig überlegt auch keine Rücksicht in ihm gab.

Im letzten Abend in diesem Jahre ist Marie gestorben. Der Trabel drang in die Zeit der Geburt und jetzt ist der Tod. Marie hat seit dem Ausbruch. Sie ruht nun, überlebt und nicht den Schmerz.

Die Rechnung kam! Das Jahr war gut und klappte. Vorwärtskommen und Gelingen. Als die Rechnungsläden kamen, geht Marie an das Kinderbett und läßt Träne. Die im Schlaf liegt und mit den Kinderjungen spielt. Marie ist glücklich und froh.

Das zweite Jahr. Wieder ein Kind. Maria ist froh. Er ist gesund und kräftig. Lebenslust und Glück im Leben. Wieder legen die Hände. Sie hat Arbeit, Frieden, Gesundheit und Freude daran. Zufriedenheit.

Die letzten Jahre. Sie sind ganz schön. Die alle Dinge gehen so wunderbar und gut. Marie ist glücklich und froh. Der Tod ist in einem großen Moment gekommen und hat sie nicht mehr in die Welt gelassen. Sie ruht nun, überlebt und nicht den Schmerz.

Mit der Zeit kam ein Umbruch. Die Zeit der Freude ist vorbei und die Zeit der Traurigkeit. Die Rechnungsläden kamen, geht Marie an das Kinderbett und läßt Träne. Die im Schlaf liegt und mit den Kinderjungen spielt. Marie ist glücklich und froh.

Nazis lassen einen verurteilten Kommunisten wieder leben

In einer in Stuttgart einberufenen und maßgebend angesehenen nationalsozialistischen Versammlung sollte der frühere Kommunist Felix Neumann sprechen, der bekanntlich im Jahre 1925 vom Deutschen Staatsgerichtshof wegen Mordes in einem Fall, wegen Verabredung des Mordes in sechs Fällen zum Tode und zu einer Zuchthausstrafe von acht Jahren verurteilt wurde. Er hatte in der von ihm geleiteten kommunistischen Terrorgruppe Attentate gegen Generaloberst von Seekt, Hugo Stinnes, Borjig und den württembergischen Staatspräsidenten Holz vorbereitet. Diesen Mann wählten die Nationalsozialisten als Redner anzukündigen und das Stuttgarter Volksparlament hatte die provokatorischen Plakate zu dieser Versammlung genehmigt. In letzter Stunde hat es sich nun, vermutlich unter dem Einfluß von anderen Stellen veranlaßt gesehen, den vorgesehenen Redner Neumann und Heidemann aus Trier das Auftreten als Redner in öffentlichen Versammlungen auf Grund der Notverordnung zu verbieten.

Die bisherigen Unterschriften

Die ersten beiden Tage der Einzeichnung für den Wahlvorschlagn Hindenburgs haben 277 000 Unterschriften gebracht. Davon entfallen auf Berlin 63 000. Auch aus der Provinz kommen Nachrichten von einer außerordentlich großen Anteilnahme.

Abie marschieren!

Wie eine mächtig wogende Welle hat sich in den letzten Wochen die Parole von der Eisernen Front über das politische Leben in Deutschland ergossen. Die Massen der sozialistischen Arbeiterschaft haben sich auf den Ruf ihrer Führer in Scharen erhoben, eifrig entschlossen, den Terror der Hitlerbanden zu brechen. Aus allen Lagern der Organisationen sind sie zusammengeströmt und stehen nun Schulter an Schulter — eine Eisernen Front.

In Tausenden von Versammlungen werden in diesen Tagen die Forderungen des republikanischen Volkes erhoben. Bis auf das letzte Dorf in Ostpreußen — in die Glendbezirke in Schlesien — in die Häuser der sterbenden und hungernden Kumpels im Industriegebiet züchten die Redner die Hunderttausende, die in die Versammlungen kommen, auf. Und überall das gleiche Bild, überall dieselbe Wirkung: Zu den Männern, die schon in Reich und Glied standen, kommen unzählige hinzu! Sie erkennen, um was heute der Kampf geht und sie wollen nicht Mittläufer sein, sondern aktive Kämpfer. Es ist unmöglich, diese Volksbewegung in nüchternen Zahlen zu bezeichnen. Nur einige wenige Beispiele seien verzeichnet:

Ostpreußen, das Winterparadies von ehemals, meldet aus der letzten Januarhälfte mehr als 150 öffentliche Versammlungen mit über 60 000 Teilnehmern. Die Stimmung war überall ausgezeichnet.

Niederschlesien hat in der gleichen Zeit 100 Veranstaltungen zu verzeichnen. Die Teilnehmerzahl hat 33 340 erreicht. Hier haben die Nazis mehrfach schmerzhaft erfahren müssen, daß sie nicht die Herren im Hause sind. Durch das entschiedene Auftreten unserer Parteifreunde wurde überall der zuchtige Verlauf der Veranstaltungen garantiert, und so wurden große Scharen der Bevölkerung, die das Kombytum der SA dem politischen Leben entfremdet hatte, wieder aktiviert.

In Mittelschlesien konnten in den ersten drei Januarwochen 388 Versammlungen und Kundgebungen abgehalten werden. 26 340 Besucher wurden gezählt.

In Pommern fanden allein in der letzten Woche 58 öffentliche Versammlungen statt, an denen rund 4500 Männer und Frauen teilnahmen.

Brandenburgischer Dr. Seb gestorben

Berlin, 4. Februar.
Der Vorsitzende der preussischen Zentrumsfraktion, Dr. Seb, ist im St. Norbert-Krankenhaus (oben) verstorben.
Der jüdische preussische Zentrumsführer Dr. Seb hatte sich vor einiger Zeit wegen eines schweren Leidens ein Bein amputieren lassen und befand sich bereits auf dem Wege zur Besserung, als ihn eine Grippe befiel, die durch eine Zunahme einer Rippenfellentzündung kompliziert wurde. Dr. Seb, der einer der besten Redner im preussischen Landtag das Wort für die Parteien hatte, stand erst im 54. Lebensjahr. Regierungsdirektor Dr. Seb, der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion, der heute vormittag gestorben ist, war am 19. Mai 1878 in Berlin geboren. Nach dem Studium der Philosophie wandte er sich dem höheren Lehramt zu. 1911 ging er als Schulfachlehrer nach Weiler und 1920 als Oberregierungsrat an die Regierung in Koblenz, wo er dann als Regierungsdirektor die Schul- und Kirchenabteilung leitete. Nach dem Kriege trat Seb wieder hervor. 1918 bis 1921 war er Mitglied der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung und zog 1921 als Mitglied der Zentrumsfraktion in den preussischen Landtag ein. Er war seitdem Mitglied des parlamentarischen Beirats beim Reichsministerium für die besetzten westlichen Gebiete und seit 1920 Mitglied des Reichstages in Weimar und des rheinischen Provinzialparlamentes. Auch in der katholischen Akademikerbewegung spielte Seb eine führende Rolle. Auf schulpolitischem Gebiete ist er mit mehreren Arbeiten hervorgetreten.

Im Süden des Reiches schließt die Front der Arbeiter sich ebenfalls. So fanden z. B. im Bezirk Frankfurt in der ersten Woche des Januar 141 Versammlungen mit 14 830 Zuhörern statt. In diesem „Stammland“ der Hitleridee die Bevölkerung bis weit hinein in die Kreise des Bürgertums empört über die verlogene Katastrophspolitik der Nazis und fordert stürmisch, dieser Sorte von „Politikern“ das Handwerk zu legen.

Am Niederrhein und am Oberrhein wurden in allen größeren Städten unter dem Banner der Eisernen Front Versammlungen abgehalten, die fast alle überfüllt waren. So wurden in Wuppertal an einem Tage drei Säle mit 7000 Personen gefüllt. Sehr stark war auch die Teilnahme in Düsseldorf, Duisburg, Mülheim, Langenfeld, Kamen, Aßeln, Brühl und in anderen Orten. In den genannten Städten zählte man allein 22 000 Männer und Frauen.

Sachsen-Anhalt meldet 97 Versammlungen in der letzten Monatshälfte. Für die gleiche Zeit berichtet Hannover über 82 Versammlungen mit 7500 Besuchern, Westfalen über 154 mit 23 720 Erschienenen, Schlesien-Hohelände über 150 Versammlungen, viele davon polizeilich wegen Überfüllung geschlossen.

Jeder Tag bringt neue Berichte aus dem ganzen Reich. Aus allen geht hervor: die Eisernen Front ist geschlossen. Sie mehrt sich die Verbote der Hitleroffiziere an ihre Landsleute die Versammlungen der Eisernen Front zu besuchen. Die Maßnahmen sollen nicht erschrecken, wie lebendig es im Lager der „Marxisten“ ist.

Die Kommunisten schimpfen und poltern. Die Felle der „Einheitsfront“ werden vom reißenden Strom der Arbeiterbewegung der Eisernen Front hinweggeschwemmt.

Kein Terror und keine Verleumdung hilft den Hitleroffiziere und Thälmannern — die Eisernen Front ist formiert, überlegen sie ihre Reihen in Marsch. Das Errungene wird nicht preisgegeben und es wird am Ausbau der Stellung so emsig gearbeitet, daß sie allen Stürmen siegreich zu trotzen vermag. In allen Richtungen noch abwärts, ergeht der Ruf:

**Stehet auch du deinen Mann!
Sinein in die Eisernen Front!**

bedient tüchtig und kann allein aus seinem Verdienst ihren Lebensunterhalt bestreiten, und es bleibt noch übrig. Dazu verdient sie Marie an jedem Tag, an dem sie arbeitet, drei Mark. Das hat in der Woche achtzehn Mark, die jeden Montag zur Gewalt gebracht werden, um da mehr zu werden und Fundament.

Fundament, auf dem Marie aufbauen will. Sie hat ihre ganz bestimmten Absichten: Das Geld, das sie auf die Sparkasse bringt, wird nicht angelegt, sie lassen sie liegen und sie verdienen. Sie wird es schon verdingen, sie ist ja fleißig und händelbar und ist. Den Rotzofen, den man von Zeit zu Zeit selber einzeln frachten wird — wenn der Mann oder die Kinder krank werden, kann sie selber einmal fracht werden kann, kann Marie auch. Wenn Rotzofen legt schon Fritz zurück, aus dem was übrigbleibt. So wird ihr „Kapital“ wachsen und im Jahr gut leben können. In fünf Jahren aber mehr als fünfzehnhundert Mark zusammen. Das heißt — das sind Marias Absichten — werden sie sich dann eine kleine Kneipe kaufen und die Kneipe verkaufen, mit Rotzofen verkaufen und sich selbst wieder etwas Besseres und Heineres kaufen, vielleicht mit den Jahrzehnten ein gutes Metzgerlokal oder vielleicht sogar ein kleines Hotel.

Wenn Marie daran denkt, fracht ihr Gesicht. Vorwärtskommen! Vorwärtskommen! Nicht zurückbleiben! Es schaffen! Die Zukunft! Sie werden es schaffen! Es geht ihnen ja gut, besser als den anderen, die im Hinterland wohnen. Sie sind auf dem besten Wege, ins Fortschritt zu weichen. An den Sonntagen merkt es Marie.

Sonntags fahren sie hinaus. Einmal nach Baunert, ein anderes Mal nach Potsdam, dann nach dem Müggelsee, zur Kneipe oder nach irgendwohin, wo es schön ist. Das ist gut für die Kinder. Die werden schön dabei und freuen sich, und wenn die Kinder gesund werden und sich freuen, ist Marie gesund und freut sich. Manchmal bleiben auch die Kinder zu Hause — eine Nachbarin hat die Kinder und geht auf — und dann gehen sie alleine aus in die Stadt, in ein Theater, nach Dresden zum Opernhaus, einmal nach Potsdam in den Zoo und manchmal sogar ins Theater. Das ist gut für sie.

Nur wenige Tage sind es. Das sind die Tage, die Marie liebt. In diesen Tagen ist Marie glücklich und überdies, an diesen Tagen merkt sie auch, daß sie ein gutes Leben hat. Sie ist glücklich — glücklich zu sein, und dann glücklich, glücklich zu sein.

ein durchgefügter Baum ohne Halt umzufallen und stierig bleiben. Marie tröstet sich damit, daß es nur selten, ganz selten geschieht, und daß Fritz hinterher um so vernünftiger und glücklicher ist. Marie nickt sich zu: Fritz ist doch gut!

So geht auch das dritte Jahr hin. Schon seinem Ende als sich das ereignet:
Fritz kommt wieder, diesmal spät in der Nacht, betrunken nach Hause und beginnt zu streiten. Um das Essen, das Marie ihm aufbewahrt hat und ihm nicht warm genug und, als sie aufwärmt, nicht gut genug ist.

Seine Trunkenheit ist diesmal größer, sein Zanken sinniger und kindischer. Seine Wut entläßt sich nicht auf die Aufforderung und steigert sich zu maßlosem Gekrüll. Marie, Ratlose, die an die Kinder und an die Nachbarin denkt, sucht ihn zu besänftigen. Vergeblich! Er greift das Geld, wirft es auf den Tisch, auf dem es in Scherben auseinanderkracht, und packt nun wahllos — als habe er an dem Alter der Scherben Freude gefunden — Teller, Tasse, Schüssel, Gläser und wirft es auf den Boden, gegen die Wand, durch den Fenster, schleudert hysterisch aufstehend die Scherben mit Füßen durchs Zimmer und brüllt wieder.

Marie, leidend und gelähmt gewesen, wacht mit dem Schrei auf und will ihm in die Arme fallen, als er sie an der rechten Hand zur Haustür hüllt und Marie in das schreierische, plötzlich weiche Gesicht schaut. Und dann seitwärts zum Fenster, ein hilflos ausdauernd Köder an Boden.

Das war das erste Mal, daß er Marie schlug.
Zwölftes steht das vor ihren Augen: Damals Vater zu Hause, betrunken wie der Mann hier; der Teller, der Teller, der Hausflur in der Teller, und dann der Schlag dem Ellen in Motters Gesicht, die Narbe auf Motters Wangen. Was war das? Marie fragt entsetzt. Was ist das? Sie immer so? Überall so? Warum das so sein? Marie schließt Augen und findet keine Antwort.

Warum war das? Sie schreit nach Antwort, sie wird nicht. Nur das ist: Die Scherben der Schüssel in Marie's Hand an Boden. Dieser rätselhafte Mann, dem ihre ganze Seele und den sie einst noch liebte, Ratlos und hilflos. Den sie nun wimmernd und mühsam in die Schüssel schmeißt, aussteht und mit Aufwendung letzter Kräfte wie die kleinen Klotz ins Bett hebt, wie ein hilfloses Kind hinstellt. (Fortsetzung folgt)

Breslauer Nachrichten

Eiserne Front der arbeitenden Jugend

Überfüllte Kundgebung im Gewerkschaftshaus

Schwer lastet der zerkleinernde, zermürbende Alltag einer von Fiebersehnen waltspannender Krisenerscheinungen erfüllten Zeit auf dem jugendlichen, insbesondere auf dem proletarischen jungen Menschen; verhängnisvoll war gerade in dieser Epoche, die alle Kräfte des Proletariats einig finden sollte, die Spaltung der politischen Organisation, die Mißtrauen und Gegenwirkung erzeugte, wo Klassenbewußtsein zur Abwehr und zum siegreichen Kampf voranzuführen sollte. Trotsdem aber hat es die proletarische Jugend Breslaus verstanden, der Parole zur abwehrpolitischen Aktivität des zum Gebot der Stunde gewordenen Kampfes gegen faschistische Herrschaftsgelüste, zündende Kraft zu verleihen. Die gestrige Kundgebung der „Eisernen Front“ des Jungproletariats war nicht nur überfüllt, so überfüllt, daß dem kleinen Saale des Gewerkschaftshauses auch buchstäblich die Stecknadel mehr zu Boden fallen konnte, sie war auch von dem Geist befeuert, der allein politische Aktivität, Begeisterung und das noch ferne Ziel des Sozialismus, aber auch für die Abwehr der politischen Gefahren war, die Abwehr des faschistischen Generalangriffs auf die deutsche Arbeiterbewegung zu ermöglichen vermag. Aus allen Organisationen, von der Reichsjugend, von den Jungen Sozialdemokraten, von der Freien Gewerkschaftsjugend, von der regalen Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten waren die Jugendgenossen erschienen; die S.J., die nach dem schweren Verlust der Parteiführung nunmehr wieder erfolgreich um neue Mitkämpfer in der proletarischen Jugend wirbt, war vollständig zur Stelle. Auch von denen, die da glauben, daß der Klassenkampf aktuell sei, daß alleinigmachende Kräfte des Marxismus gegründet werden müßten, waren einige erschienen. Aber auch sie wurden erfaßt von der überbordenden Begeisterung, die die Versammlung beherrschte und die der von leuchtenden Fahnen und Standarten umwallten Schrift: „Faschismus ist der Tod, Sozialismus ist das Leben“ zum Bekenntnis ausmündete.

Die Kapelle der Jugendgruppe im Zentralverband der Angestellten leitete die Feier mit der „Internationale“ ein, stehend mitgefingend, einen stimmungsvollen Auftakt zu der druckvollen Kundgebung gab. Sprechchor-Darbietungen der „Roten Blusen“ und eine Ansprache des Genossen Stammer füllte das kurze, aber wirkungsvolle Programm. Genosse Stammer rief in seiner Rede mit gewohntem Imperium und Bildhaftigkeit die proletarische Jugend zum Kampf gegen den Faschismus — die letzte Chance des in allen Ecken krachenden kapitalistischen Systems —, zum Selbstbewußtsein der sozialistischen Tat, zum Kampf gegen die schwammige Propaganda, mit der der Nationalsozialismus die deutsche Jugend gewinnen versucht, auf. Nicht Verteidigung, nein Angriff ist die Parole der jungen Arbeiterklasse, die in der „Eisernen Front“ zusammengeschlossen, dem Gegner, tut es einmal not, auch mit seinen eigenen Waffen entgegenzutreten vermag, wenn sie in jedes bisher gefallene Blutopfer des deutschen Bürgerkriegs folgt. Wer da aus, dem leuchtenden Beispiele einer sozialistischen Zielsetzung nach, wie sie das rote Wien in einem Lande

„Freie Meinung“ auf der Schundliste

Sie darf nicht mehr feilgehalten noch angekündigt werden — Auch gegen andere Standalblätter soll vorgegangen werden — Wann folgen auch die anderen Behörden? Herr Staatsanwalt, wir erwarten auch Ihr Eingreifen

Auf Antrag des Landesjugendamtes der Provinz Niederschlesien ist durch Beschluß der Prüfstelle Berlin für Schund- und Schmutzblätter die wöchentlich in Breslau erscheinende Zeitschrift „Die freie Meinung“ auf die Dauer von sechs Monaten auf die Reichsschundliste gesetzt worden.

Gegen diese Entscheidung hat der Verlag der Zeitschrift Beschwerde bei der Oberprüfstelle in Leipzig erhoben, die jedoch in der Sitzung der Oberprüfstelle am 2. Februar dieses Jahres verworfen worden ist.

Die Zeitschrift gilt also vom Tage der Veröffentlichung des Urteils der Oberprüfstelle, die in diesen Tagen im „Deutschen Reichsanzeiger“ erfolgt, auf die Dauer von sechs Monaten auf die Liste gesetzt.

Zeitschriften, die auf der Liste stehen, unterliegen nach § 1 des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzblättern vom 18. Dezember 1926 (Reichsgesetzblatt I, Nr. 67, Seite 505) im ganzen Reichsgebiet vom Tage der öffentlichen Bekanntmachung des Beschlusses folgenden Beschränkungen:

1. sie dürfen im Umherziehen weder feilgehalten noch angeboten oder angekündigt werden; auch dürfen auf sie keine Bestellungen im Umherziehen gesucht oder entgegengenommen werden;
2. sie dürfen im stehenden Gewerbe, von Haus zu Haus, oder auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen

öffentlichen Orten nicht feilgehalten, angekündigt, sowie innerhalb der Verkaufsräume und in Schaufenstern oder an anderen von der Straße aus sichtbaren Orten nicht zur Schau gestellt werden; auch dürfen Bestellungen auf sie nicht gesucht werden;

3. sie dürfen Personen unter 18 Jahren weder zum Kauf angeboten noch innerhalb des gewerblichen Betriebes entgeltlich oder unentgeltlich überlassen werden.

Anträge gegen weitere Wochenschriften schweben.

verkörpert, wo keine Spaltung, kein Bruderkampf den Vormarsch des Proletariats hemmt, geht der Weg der proletarischen Jugend, Richtung Sozialismus. Der lebhafteste Beifall, der sich geraume Zeit nicht legen wollte, galt gleichermahen dem Redner und der Idee, die er in so überaus bildhafter Weise als leuchtendes Ziel auch im Tageskampf aufzuzeigen verstand.

Ein neuer Sprechchor der „Roten Blusen“, die Marxellasse und der gemeinsam gesungene Rotgardienmarsch als Gelübnis der Kampfgenossenschaft in der Eisernen Front der Jugend beschlossen die Kundgebung; ein spontan ausgedröhntes Hoch auf die Eisernen Front fand donnernden Widerhall.

Sichtung! Frauenleiterinnen!

Freitag, 5. Februar, 20 Uhr, Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses, Vortrag des Genossen Stammer.

Achtung! Distriktsführer!

Montag, 8. Februar, allgemeine Distriktsversammlungen. Lokaländerungen sind sofort dem Sekretariat zu melden.

Wissen ist Macht!

Sonnabend, 6. Februar, 19 Uhr, und Sonntag, 7. Februar, 9 Uhr, 4. Schulungsabend, Referent Genosse Kraus. Thema: Reparationskonferenzen, Abrüstungskonferenzen und die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Der Kursus findet Sonnabend im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses statt.

Wir freuen uns, daß nun endlich einmal auch die Behörden erkannt haben, mit welcher Seuche wir es hier zu tun haben, wir erwarten, daß auch andere Stellen sich etwas intensiver mit der Frage befassen werden. Das gilt vor allen Dingen für Standalblätter, die sich mehr eine politische Note geben und damit von anderer Behörde angefaßt werden müssen. Unter Kampf gegen diese Revolverpresse ist mit dieser Entscheidung der Oberprüfstelle nicht beendet, wir werden ihn mit der gleichen Energie fortsetzen. Wir weisen bereits heute auf die übrigen Schmutzblätter hin, die zumindestens in dem gleichen Sinne wie die „Freie Meinung“ unter das Geßel zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzblättern fallen.

Schicht, daß sie noch die kriminellen Vergehen dieser Blätter verfolgt. Wir haben hier an dieser Stelle erst unlängst zwei Fälle von Erpressung genannt. In keinem Falle ist irgend eine Berichtigung uns zugegangen, noch in den betreffenden Wochenblättern erfolgt. Es darf wohl erwartet werden, daß auch der Staatsanwalt dieses Eingeständnis nicht entzogen ist.

Wie die am heutigen Morgen erscheinende letzte Nummer der „Freien Meinung“ mitteilt, stellt sie nunmehr ihr Erscheinen ein, da sie keinen Wert darauf legt, unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu erscheinen. Das haben wir uns bereits gedacht, da wir wissen, daß eben eine solche Presse nur mit der knalligen verlogenen Heberjacht an den Mann zu bringen ist. Im übrigen machen wir bereits heute die entsprechenden Stellen darauf aufmerksam, daß jeder Versuch, dieses Mißblatt getarnt unter anderem Kopf herauszubringen, von der gesamten Tagespresse nicht verstanden werden und sie zum schärfsten Kampf herausfordern würde. Wir erinnern hierbei nur an die Verbote radikaler Tagesblätter, denen es ebenfalls untersagt war, in irgend einer anderen Form wieder zu erscheinen. Wir werden also wachsam sein.

Was muss jeder von „Haus Bergmann Klasse“ 4 8 wissen ?

Haus Bergmann Klasse ist ein **Meisterstück** der deutschen Zigaretten-Industrie. In eingehender Arbeit haben die Tabak-Sachverständigen unseres Hauses eine für **diesen** Preis noch **nie** dagewesene Zigarette hochwertiger Qualität geschaffen, die **alle** Raucherkreise zufrieden stellen wird.

5 Stück nur 20 8 bedeutet für uns: Preisabbau und **Qualitätsaufwertung!**
Fordern Sie noch heute in Ihrem Zigarrengeschäft

Haus Bergmann Klasse 4 8
DIE Zigarette für Dich und für mich



In jeder Packung Haus Bergmann Klasse liegen: Bergmanns Bunte Bilder von Walter Trier u. Seidenstickereien nach Entwürfen von Prof. Poetter

Kampf gegen die Kürzung der Wohlfahrtsrenten

Stadiparlament beschließt Zurücknahme der Rentenkürzungen

Erstein enthält das Programm der SAP.: „Wir wollen Unordnung und Unruhe stiften!“

Wieder einmal die Straßenbahnfahrpreise — Sozialdemokratischer Antrag angenommen — Behalten am Stadtschulratsstelle Grundvermögenssteuer wird gesenkt — Ausgedehnte Debatte über die Rentenkürzungen — Die Schaffung von Randsiedlerstellen

Gestern hatten Kommunisten und Sapler die ihnen zuteilenden Eintrittskarten zum Hörsaalraum mit der Weisung ausgegeben, diesmal keinen Krach zu machen. Und da die Tribüne nur auf Befehl Krach macht, auf Befehl auch ruhig ist, fiel nur auf Befehl Krach macht, auf Befehl auch ruhig ist, fiel sorgte noch besonders für Ruhe, indem er „zur Geschäftsordnung“ behauptete, es seien Volksgenossen in Zivil im Rathsaal. Also bearbeitete immer ein Tribünenbesucher den anderen, indem er in ihm einen „Geheimen“ vermutete. In Wirklichkeit war aber Volksgenossen überhaupt nicht im Saale. Denn daß die Sitzung ruhig verlaufen würde, stand fest. Kommunisten und Sapler hatten sich bemüht, ihr Verbrechen an den Erwerbslosen wieder gut zu machen.

Dabei ist es dem Eingreifen unserer Partei zu verdanken, daß gestern bereits wieder eine Sitzung war, um die Anträge zugunsten der Erwerbslosen zu erledigen, wie auch die vorige Sitzung nur durch unser Zutun einberufen wurde.

Nachdem es langen Bemühungen der Sozialdemokratischen Fraktion endlich gelungen ist, für die Bewohner der eingemeindeten Gebiete die Umkreisberechtigung zwischen Omnibus und Straßenbahn zu erreichen, ist gestern auch auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen worden, daß Erwerbslose in der verkehrsreichen Zeit von 9 bis 13 Uhr für 10 Pfennige auf der Straßenbahn fahren dürfen. Wir werden uns freuen, wenn dieser Beschluß zum Wohl der Erwerbslosen und der noleidenden Straßenbahn durchgeführt wird. Hoffentlich sind die Erfahrungen dabei so, daß in Bezug auf Verkehrsverbilligung mehr geschehen kann.

Kottusch von der SAP. hat gestern in anständiger Weise den Antrag vertreten, die letzte Kürzung der Richtigkeit wieder rückgängig zu machen. Genosse Tisch hat ihm bei und kritisierte, daß sich der Magistrat so ganz in Schweigen hüllte. Nazi-Ränge wollte dazu auch etwas sagen, wurde aber von dem Kommunisten Adelt schwer zugesetzt. Er wies darauf hin, wie die Geldgeber und Führer der Nazis freien, kaufen und pressen, und den Arbeitern die Löhne kürzen. Im Reichstage sagten sie aus, um die Millionärsteuer zu verhindern. Und dann kam Götzein! Er montierte den Rajchemmenton der „Volkswacht“, der gar nicht zur Debatte stand. Freilich haben wir vor acht Tagen sein Auftreten als das eines politischen Lumpen und Verdrängers bezeichnet, damit aber nicht zu viel gesagt. Gestern spielte er das hysterische Mädchen das in den Kubertids-jahren „Hilf den Notleidenden“ hat. Er sagte, jetzt ist es Zeit, das ins Feuer zu legen. Es gelte nicht, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, sondern er werde für Unruhe und Unordnung einstreuen. Damit glaubte er etwas besonderes gesagt zu haben. Unser Genosse Vietich fertigte den albernem Pojeur überlegen damit ab, daß es sich bei Götzein um das Theater eines Bankrottiers handele, der mit leeren Händen vor der Masse stehe.

Auf eine Anfrage Stopes wegen der Vorkommnisse bei der Siedlungsgesellschaft erging die Antwort, daß die Untersuchung durch eine Treuhandgesellschaft noch nicht abgeschlossen sei. Wenn Verletzungen festgestellt werden, wird man ohne jede Rücksicht gegen die Schuldigen strafrechtlich und disziplinarisch vorgehen.

Die Sitzung wurde kurz nach 17 Uhr vom Vorsitzenden Dr. Vietich mit der Einführung des Stadts. B a r o f eröffnet, der für den aus der Versammlung ausgeschiedenen Volksparteiler Bechtner nachträglich. Der Kommunist Adelt meldete sich gleich wieder zur Geschäftsordnung zum Wort und füllte sich demselben mit entsprechender Entrüstung festzusetzen, daß ein hohes Polizeiaufgebot im Saale sei und besonders schreckliche Kriminalbeamte auf der Tribüne postiert wären. Daraus wären aber nicht die Kommunisten schuld, sondern der Vorsitzende und — wie könnte es auch anders sein — die Sozialdemokraten, die immer dabei wären, wenn es gelte, den Sachdienlichkeit einzuführen.

Da das Echo der Tribüne für die Weisliche Rede diesmal ausbleibt, konnte die Versammlung anschließend gleich mit der Tagesordnung beginnen. Ohne Debatte wurden einige kleine Beschlüsse erledigt. In einer längeren Debatte kam es bei der Beratung der

Erklärung des Stadtschulrats
Die nächste Sitzung hatte sich gestern in dem Saale VIII abgehalten. Nachdem zunächst eine Besprechungszeit im Verwaltungsausschusse stattgefunden war, wurde die Sitzung durch den Vorsitzenden des Stadtschulrats, Dr. Vietich, eröffnet. Er erklärte, daß die Sitzung am 17. Februar um 17 Uhr beginnt. Er erklärte, daß die Sitzung am 17. Februar um 17 Uhr beginnt. Er erklärte, daß die Sitzung am 17. Februar um 17 Uhr beginnt.

Sitzung des Stadtschulrats
Die Sitzung des Stadtschulrats wurde am 17. Februar um 17 Uhr im Saale VIII abgehalten. Der Vorsitzende, Dr. Vietich, eröffnete die Sitzung mit der Begrüßung der Anwesenden. Er erklärte, daß die Sitzung am 17. Februar um 17 Uhr beginnt.

Johnung. Sofort war Stadts. Guhr (KPD.) wieder bei der Sache und erklärte, daß er gegen diese Anträge sei, weil bei dem Antrage Vietich nur die Hausbesitzer verdienen würden. Der Stadts. Fritz Vietich (SAP.) hatte alle Mühe, dem so besonders schlauen Kommunisten klar zu machen, wie sehr er sich wieder einmal auf dem Holzwege befand.

Der sozialdemokratische Fraktionsführer Karl Vietich wies die verschiedenen Systembetritter darauf hin, bei ihren Reden auch nicht zu vergessen, daß die Stadt Breslau wahrscheinlich längst keine Zahlungen mehr leisten könnte, wenn sie nicht von der so sehr verdammten, sozialistisch geleiteten Staatsregierung Preußens finanziell unterstützt worden wäre. Man solle auch nicht zu erwähnen vergessen, daß auch der Staat Preußen heute ganz andere Verpflichtungen hat, als früher. Nach diesen Hinweisen des Stadts. Karl Vietich füllte plötzlich niemand mehr das Bedürfnis, noch weiter zu wettern. Der Antrag, die Grundvermögenssteuer auf 425 Prozent zu senken, wurde mit den Stimmen der Linken angenommen. Der Hausbesitzerantrag des Stadts. Buzakowsky blieb jedoch ohne ausreichende Unterstützung.

Um die Stadtschulrats-Stelle
Ebenso reichhaltig und in mancher Hinsicht auch aufschlußreich war die Debatte, die sich bei der Vorlage über die Gehaltsfest-

Bei dem SAP-Antrag, die Kürzung der Richtigkeit für die Wohlfahrtsrenten rückgängig zu machen, führte der Berichtserstatter Stadts. Kottusch Beschwerde darüber, daß die bürgerlichen Vertreter den Saal verließen. Vietich war das aber einestells ganz gut, denn sie bekamen dadurch wenigstens nicht Gelegenheit, zu hören, wie Kottusch bei seinen angeblich im Interesse der Wohlfahrtsrenten gemachten Ausführungen plötzlich auf die „Eiserne Front“ zu sprechen kam und ein paar Worte über sie sich abzurufen bemühte.

Stadts. Jolla (KPD.) fing wieder mit den Magistratsgehilfen an, mußte aber auf die eindringlichen Zwischenrufe des Oberbürgermeisters zugeben, daß eine Kürzung aller Magistratsgehälter bei weitem nicht ausreichen würde, die Differenz der bisherigen und der neuen Unterstützungssätze zu decken. Dessen ungeachtet stellte er einen Antrag mit den üblichen Forderungen: Nachzahlung der abgezogenen Beträge, Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützungen auf die Höhe von 1880, Uebernahme der wahren Wohnungsmiete, Befreiung und Beheizung, Aufhebung der Lohnkürzung bei den Röhrgearbeitern, Bierpreis-Stundenwoche mit Lohnausgleich für die Fürsorgearbeiter, Abschaffung der Pflichtarbeit und ähnliche Dinge mehr.

Der sozialdemokratische Gegner
Stadts. Tisch, fand bei dieser Vorlage die Gelegenheit, einmal auf die Ereignisse am letzten Donnerstag einzugehen. Die Sozialdemokratie lehne es ab, daß der Stot erwerbsloser Notleidender parteipolitische Geschäfte zu machen. Bestenfalls sei es, wenn die Unterstützung einmal in einer Form zum Ausdruck komme, wie es geschehen sei. Ob es aber richtig ist, in einer solchen Situation noch die Erregung der Tribüne durch Unwahrheiten zu steigern, müsse denen zur Beurteilung überlassen bleiben, die sich auf diese Art betätigten. Mit solchen Mitteln sei es zwar möglich, die Sozialdemokratie, die sich seit Jahrzehnten für die Kernaufgabe einsetzt, zu verunglimpfen und ein paar verbitterte Menschen an der Hilfsbereitschaft und dem Kampf der SPD. irre werden zu lassen, aber was dabei praktisch für die Notleidenden herauskomme, siehe auf einem anderen Blatte. Ohne an die

Wilhelm Dittmann
spricht
Mittwoch, den 10. Februar, 20 Uhr,
im Schießwerder
Kartens zu haben:
Volkswachbuchhandlung, Flurstraße; Büfett des Gewerkschaftshaus - Restaurants; Parteisekretariat
und Büro des Reichsbanners
Eintritt 40 Pf. Reservierte Plätze 1,- Mk.
Mitglieder, Rentner u. Erwerbslose gegen Ausweis 20 Pf.

Proletarische Morgenfeier
Der Arbeiter-Bildungsausschuß veranstaltet
am 14. Februar, mittags 1 Uhr,
im Zentral-Theater, Westendstraße Nr. 50/52,
die

9. Proletarische Morgenfeier der SPD.
Abteilung Nikolaitter
Film — Sprechchor — Rezitation — Musik
Eintrittspreis 20 Pf.
Alles hält sich für diesen Tag frei!

Genossen und Genossinnen der inneren SPD
und des Oberbürgermeisters!
Am Sonntag veranstaltet die SPD, beim 1. ein
Otto Braun-Feier
im Saale des 1. Saales, am Sonntag, Anfang 20 Uhr im
großen Saal des 1. Saales. Eintritt frei.

Proletarischer Tanz- und Soubrette-Abend
Am Montag, den 15. Februar, 20 Uhr, im großen Saale des
Schießwerders Saal.
Zimmermann mit neuem Programm
Eintritt: 4,50 Mk., Erwachsene, und Jugendl. 2,25 Mk.

setzung und Wiederbesetzung der Stelle des Stadtschulrats. Der Ausschuss empfahl, die Stelle wieder zu besetzen. Der Stadts. Halpaap (KPD.) beantragte, das Gehalt für die Stelle nach der staatlichen Befolgsordnung festzusetzen. Der Stadts. Redner, Stadts. Fritz Vietich forderte Einparung der Stelle bei Ablehnung seines Antrages die niedrigste Befolgsordnung, gefällig möglich sei. Stadts. Guhr (KPD.) entwarf sofort den Mangel an Klassenbewußtsein bei der SAP., bat, in dieser nicht wie Vietich auf geistlicher Grundlage vorzugehen, sondern die Stelle mit einem Monatsgehalt von 500 Mark zu besetzen.

Nach diesem gemeinsamen Unterbreiten griff der Oberbürgermeister in die Debatte ein, bezeichnete die SAP.-Forderung als Schindladertrick, besonders weil ein Schulmann, der gewisse, um was es geht, gesprochen habe. Ganz energisch wandte er sich gegen die demagogische Bezahlungsdebatte und führte allem einmal die Kommunisten ganz gehörig ab, indem er nach der Beurteilung der Tatsache fragte, warum der nach Richtigberufene Stadtschulrat Max aus Frankfurt am Main von der Sowjetregierung ein Gehalt von 150 000 Mark bekommen.

Sofort verurteilten die verschiedenen Revolutionäre, der Abstimmung, ob die Stelle besetzt werden soll, stimmte die Einheitsfront KPD., SAP. und Nazis gegen. Die Gehaltsfestsetzung wurde entsprechend dem Antrage Halpaap nur mit den Stimmen der Bürgerlichen beschlossen.

Um die Unterstützungen der Nermsten
Ganz der Tribüne zu hinhlen, nahm dann der sozialdemokratische Redner zu der Kürzung der Richtigkeit Stellung und richtete den Oberbürgermeister den Tipp, auch in dieser Frage die Bürokratie und Geheimratsunterhand anzukämpfen und sich dabei gegen die von der Regierung angeordnete Unterstützungskürzung zu wenden.

Ein Nazi medert
Auch Stadts. Kruzer (Nazi) füllte sich bemüht, einen ordentlich loszuwerden. Er erklärte sich völlig einig mit den Kommunisten in ihrem Kampfe gegen das heutige System. So die Harzburger Freunde des Herrn Kruzer konnten sich bei der Rebellung das Lachen nicht verhehlen.
Der SAP.-Führer Götzein wollte die mit ihm gehaltene Rechnung abschneiden, was ihm aber nicht im geringsten gelang. Er meinte, daß ihn der „Rajchemmenton der Volkswacht“ berühre, daß aber nicht die Zeit dazu sei, für Ruhe und Ordnung einzutreten. Seine Partei und er seien vielmehr für die Unruhe und Unordnung.

Stadts. Karl Vietich beugte den verschiedenen Legendenbildungen vor und rief den Heuchlern von der SAP. wieder einmal die Waagschale vom Gesicht.
Bange vor der vorigen Sitzung, als die beabsichtigte Unterstützung der Kürzung der Richtigkeit bekannt wurde, habe er mit dem Fraktionsführer der SAP. verhandelt. Fritz Vietich wollte die Einberufung einer außerordentlichen Stadtschulratsversammlung beantragen und er als sozialdemokratischer Fraktionsführer habe zugestimmt, aus den Reihen der sozialdemokratischen Stadtschulratsmitglieder die erforderlichen Unterstützungen zu verschaffen, die der SAP. zur Förderung einer außerordentlichen Sitzung fehlen. Es sei mehr als sonderbar, mit der Partei über Unterstützungen zu verhandeln, die man später vor der Tribüne als die Schuldigen hinzustellen bestelle. Alles Theater der SAP. sei nur eine Effekthascherei, weil man brauche vor den Massen mit leeren Händen stehe.

Im übrigen hatte die SPD. auch keine Veranlassung, für andere die Kaitanen aus dem Feuer zu holen, nachdem sie sich eine deutshnationalen. Bestreber vorgezogen haben. Jedenfalls hat der sozialdemokratische Fraktionsführer nicht für die Schließung der vorigen Sitzung gestimmt, sondern sich überhaupt nicht an der Besprechung einer Maßnahme beteiligt. Im übrigen hat sich die SPD. damit abgefunden, bei allen Gelegenheiten der Schuldigen hingestellt zu werden. Die SPD. wäre nicht schuldig, wenn sie überhaupt nicht da wäre. Zu der alten Sage, daß die SPD. nur der Arzt am Kapitalismus sein wolle, sei es zu sagen, daß es vorkommen soll, daß manche Patienten auch von den Händen der Ärzte sterben. Arzt am Kapitalismus sei jedoch nicht schlechter, als Kuppelhändler am Sozialismus.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag, eine Rückzahlung der Kürzungen zu erwirken, mit Unterstützung der SAP. angenommen.
Der bombastische Antrag des Kommunisten Jolla fand keine Unterstützung der gleichen SAP.-Leute, die nach vor halben Jahre einen weniger weitgehenden Antrag als demagogisch bezeichneten. Die Sozialdemokratie unterstützte nur einige Forderungen und verhalf ihnen damit zur Annahme. Bei dem Antrag, der die Anerkennung des Erwerbslosenausgleichs forderte, schloß sich die SAP. Zwei Mann gingen auch bei dieser Beratung mit den Kommunisten.

Mit „Volkswacht“-Argumenten
führt Stope seinen Kampf gegen Korruption
Zum Abschluß gab es noch eine interessante Gelegenheit einmal zu beobachten, wie sozialistische Arbeiterparteilichkeit gemacht wird. Stadtschulrat Stope (SAP.) hatte eine Anfrage wegen der Unregelmäßigkeiten bei der Siedlungs-AG. eingehend. Die Öffentlichkeit sollte scheinbar davon unterrichtet werden, wie die SAP. als einzige Partei gegen die Korruption ankämpfe. Stadts. Stope hielt also eine mächtig lange Rede und hielt dabei einen Ausschnitt des „Rajchemmenton der Volkswacht“ in der Hand. Alles das, was die „Volkswacht“ aufweist und fordert hätte, war also bei der SAP. für wahrlich erachtet worden. Stope wurde im Laufe seiner Rede sogar einmal so christlich, daß er die „Volkswacht“ viel weiter gehen lassen und ihren Forderungen als er selbst.

Der Oberbürgermeister ging auf die Anfrage kurz ein und wies den Stadts. Stope darauf hin, daß es seiner Anfrage nicht bedürftig hätte. Es würde überall durchgegriffen werden ohne Rücksicht auf Personen, doch da zurzeit noch die Winterferien seien, sei es nicht möglich, mehr Maßnahmen zu treffenden Maßnahmen zu sprechen. Ein SAP.-Antrag, der den Magistratsrat beauftragte, ein Disziplinarverfahren gegen den Stadtschulrat zu führen, wurde mit dem Hinweis auf die Ferien, wurde mit dem Hinweis auf die Ausführungen des Oberbürgermeisters von der SAP. nicht weiter abgelehnt.

Im Laufe der Sitzung wurde auf eine Vorlage bezüglich der Siedlungs-AG. mit dem Bau der Straßenbahnverbindungen zwischen Bismarckswalde umgehend zu beginnen.
Die öffentliche Sitzung endete gegen 22 1/2 Uhr. Es folgten noch eine private Sitzung an

Rund um die Oberhütten-Sanierung

Abschleife Subventionen oder planmäßiger Ausbau in O.S.?

Die „Schlesische Zeitung“ findet wieder einmal, daß die Sozialdemokraten „tendenziös und gefällig“ seien. Das ist an sich nicht neu, nicht besonders bemerkenswert; bemerkenswert ist lediglich der Anlaß dazu. Der „Schlesische“ fällt nämlich der sozialdemokratischen „Vorwärts“ auf die Nerven, der dieser Tage festhält, daß ein in der bürgerlichen Presse genanntes neues Sanierungsprojekt für Oberhütten nicht gerade den Aufstellungen jener entspreche, denen sich der Profit, sondern das Interesse der Allgemeinheit am Herzen liegt. Wie tendenziös und gefällig diese Marxisten sind, will das deutsch-nationale Blatt daran erweisen, daß bei der geplanten neuen Art der Sanierung in Wirklichkeit das größte Opfer den Aktionären durch die überaus scharfe Kapitalzusammenlegung zugemutet werde. Wohlweislich wird dann noch bemerkt, schließlich gibt es auch in nationalen Kreisen mitunter Menschen, denen Allgemeininteressen etwas hebeuten können, daß diese Aktionäre nicht etwa nur aus der Gräßlich-Balleistremischen Verwaltung, sondern auch — indirekt — Aktionäre der „Oberbedarf“ seien.

Oberhütten, eine Zusammenfassung verschiedener Unternehmungen aus dem Jahre 1925, hängt nämlich in der Holding-Gesellschaft „Oberbedarf“ mit dem weitverzweigten und verschachtelten Balleistrem-Konzern zusammen, der über 51 Prozent von Oberbedarf, über zwei Drittel Ruzge der Gewerkschaft Castellengo-Abwehr und etwa 70 Prozent Anteile an der zurzeit unter Geschäftsaufsicht stehenden Friedenshütte in Polnisch-Schlesien verfügt. Oberbedarf aber hat wiederum die restlichen Anteile von Castellengo und Friedenshütte in der Hand, und Balleistrem in Polnisch-Schlesien hat er vor kurzem die Kuback Steinkohlegewerkschaft begründet, in der erhebliche Werte, vor allem die Kohlenbasis, der ebenfalls „Sanierungsreisen“ Friedenshütte fließen. Man kann aber bei Beurteilung der oberhüttenischen Industrieprobleme nicht einfach eins dieser Unternehmen herausgreifen, denn der ganze Komplex — mit Ausnahme von Borsig — bildet eine gewisse vermagensmäßige Einheit, bei der es allerdings stets schwer zu beurteilen ist, wo nun eigentlich die treibenden Kräfte sitzen und in deren Bereich einzelne Teile infolge ihrer juristischen Selbstständigkeit überaus rasch „nahelebend“ zu werden imstande sind.

Während die abseits von dieser Kombination stehende Borsig & S. in diesen Tagen einen Stilllegungsantrag stellt, der in der Betriebslage nur schwer begründbar ist und in der oberhüttenischen Parteipresse als Erpressungsmittel zur Erlangung neuer Subventionen bezeichnet wird, ist man bei Oberhütten schon einen erheblichen Schritt weiter gekommen. Es wird da bereits über einen Sanierungsplan berichtet, der anscheinend schon sehr weit gediehen ist und im wesentlichen durchgeführt werden wird. Oberhütten hat 30 Millionen Kapital, aber weit mehr Schulden. Da sind zum Beispiel 30 Millionen Kredit aus der Seehandlung aus dem Jahre 1926, der zur Hälfte auf Borsig zur Hälfte aus Reich übernommen wurde und für den bisher — bei einem vereinbarten Satz von 11 1/2 Prozent — noch kein Pfennig Zins bezahlt wurde. Oberhütten hat ferner von der staatseigenen „Preußag“ die Matapaner- und die Gleiwitzhütte „gelaufen“, nur der Kaufpreis von 2 Millionen ist bis heute noch nicht bezahlt. Dafür hat man großzügig bei der — jenseits der Grenze liegenden — Friedenshütte, die anteilig Oberbedarf und Balleistrem gehört, eine Bürgschaft von 1,5 Millionen Mark übernommen. Außerdem stehen etwa 27 Millionen Bankkredite aus, so daß also insgesamt seit 1925 74 1/2 Millionen Mark Schulden einem Aktienkapital von 30 Millionen gegenüberstehen. Man kann also nicht widersprechen, wenn dieser Komplex des Balleistrem-Konzerns nunmehr als „Sanierungsziel“ bezeichnet wird.

Die Sanierung dachte man sich in Oberhütten zuerst so: Preußen und Reich verzichten auf die 30 Millionen — hypothetisch geschätzt — Kredit. Preußen außerdem auf die 2 Millionen für die beiden Hütten. Dafür sollte die öffentliche Hand dann noch — 10 Millionen Mark Kreditgarantien übernehmen, worauf man schließlich weiter wupfeln und Bürgschaften für die Friedenshütte oder ähnliche Unternehmungen mit abgetrennten Vermögenswerten übernehmen konnte. Dieser Plan rief in Haushaltsausübung des Reichstages, wie wir schon berichteten, die Sozialdemokraten auf den Plan, die selbstverständlich einen den Geldsperrern entsprechenden Einfluß der öffentlichen Hand und eine planmäßige Organisation der ganzen oberhüttenischen Eisenindustrie forderte. Die oberhüttenischen Kapitalistenblätter und die hinter ihnen stehenden Kreise bezamen es daraufhin mit der Sozialisierungsansicht zu tun, und es wurde schließlich ein neuer Plan ausgearbeitet.

Der neue Sanierungsplan, der den armen Aktionären so fürchterliche Opfer zumutet, sieht eine Zusammenlegung des Aktienkapitals von Oberhütten auf 4 und Neuausgabe von Aktien bis 20 Millionen vor. Der Hypothekarkredit von 30 Millionen wird auf einen „Gegenmarktwert“ von 28 Millionen zurückgeführt und dann noch 10 Millionen getrieben, so daß tatsächlich Reich und Preußen auf 50 Prozent ihres bar gegebenen und bisher nicht verzinsten Kredits an Oberhütten verzichten sollen. Allerdings sollen auch die privaten Gläubiger, angeführt von Borsig, hierzu schon bereit, entsprechende Beträge ihrer Forderungen streichen. Sie erhalten dafür 9 Millionen junge Aktien. Weitere 9 Millionen bekommen Preußen und das Reich, die 2 restlichen Millionen Balleistrem. Dem Verzicht auf etwa 50 Prozent des Hypothekarkredits steht also für die öffentliche Hand ein 45prozentiger Aktienbesitz gegenüber.

341000 Besucher

konnte die „Eiserne Front“ in der vergangenen Woche in 41 öffentlichen Versammlungen und 55 Kundgebungen allein im Regierungsbezirk Breslau mustern. Ein Teil der Kundgebungen, in Strehlen, Schweidnitz und Dittersbach mußten lange vor Beginn wegen Überfüllung polizeilich geschlossen werden. Nicht mit eingerechnet ist dabei die ebenfalls überfüllte Jugendkundgebung des Waldenburger Reviers. Überall herrschte angriffsbereite, begeisterte Stimmung.

Die in diesem Zusammenhange wichtige Frage der industrietechnischen Organisation im oberhüttenischen Revier wird bei allen diesen Plänen mit Bedacht nicht erörtert. Nur so nebenbei erfährt man, daß noch im vergangenen Sommer die jetzt sanierungsbedürftigen Oberhütten ihre eigene Kohlenbasis, die Konkordia-Grube, an Balleistrem „verpachtete“. Da die Kohlengruben in diesem verwinkelten Besitz- und Wertungssystem von einander in Verbindung stehenden Unternehmungen relativ stabile Werte darstellen, wäre es sehr interessant zu erfahren, wie diese Verpachtung buchmäßig aussieht. Oberhütten soll jetzt von Castellengo beliefert werden, die wiederum in Händen von Oberbedarf und Balleistrem liegt.

Der Ueberblicklichkeit der Beteiligungen entspricht — hier liegt der Anknüpfung der sozialistischen Kritik an diesen Projekten — die Unübersichtlichkeit der Produktionsstätten im oberhüttenischen Revier. In den letzten fünf Jahren haben die verschiedenen Unternehmungen, einschließlich Borsig und Preußag, nicht weniger als 50 Millionen Mark in Koteloren investiert, die alleamt in dem noch recht gut beschäftigten Jahr 1929 noch nicht ein Drittel ihrer Produktionskapazität auszunutzen vermocht. Dazu kommt in nächster Zeit noch die Oberalt-Koterei bei Randgrün, die auf rund 15 Millionen Banknoten geschätzt wird. Und dies ist nur ein Teilgebiet jenes wilden Durcheinanders von Produktionsstätten und Aktienpaketen, das in Oberhütten Wirtschaft darstellt.

Millionen Mark öffentlicher Gelder fließen bereits, während die Wohlhabendsten und elende Bettelbesessene kämpfen müssen, in Oberhütten, wo Millionen jenseits nach dem Willen der Goldschreiber des privaten Kapitalprofits einfach abgewälzt werden, damit die Profitlosigkeit der Aktionäre wieder steige. Mit vollem Recht hat unser Zentralorgan gegen diese Pläne Bedenken geltend gemacht, denn sie bedeuten eine Teilaufgabe des jetzt bestehenden Finanzrechts an Oberhütten, das der öffentlichen Hand die Möglichkeit gibt, einen wesentlichen weiteren Einfluß auf die gesamte Gestaltung der industriellen Entwicklung auszuüben. Wenn irgendetwas, so hat gerade in Oberhütten der Primatkapitalismus gezeigt, wie jenseits aller gesellschaftlichen Erfordernisse der Allgemeinheit das Profitstreben zu den ungeheuerlichsten Fehlentscheidungen, zum wirtschaftlichen Chaos und Elend führt.

meinden, des Kreises, Vertreter der am Verkehr interessierten Verbände und Vereine, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen das Verkehrsamt für das Waldenburger Bergland gegründet worden. Leiter dieses Amtes ist der jeweilige Deputierter für Verkehrsangelegenheiten der Stadt Waldenburg. Das Geschäftslokal befindet sich gleichfalls im Rathaus.

Weißwasser. Aus dem Zuge gestürzt. Eine jüngere Frau aus Hannover stürzte zwischen Weißwasser und Horla aus dem Berliner Personenzug. Reisende zogen die Notbremse und hielten den Zug an. Die Frau hat schwere Verletzungen erlitten und wurde ins Görlitzer städtische Krankenhaus geschafft.

Waldenburg, Kr. Reife. Einbruch beim Pfarrere. Nachts drangen hier Einbrecher in das Pfarrhaus ein. Pfarrer Müller wachte davon auf und rief, wer da sei. Als er keine Antwort erhielt, gab er sich auf den Fuß, wo ihm ein Mann entgegentrat und einen Schlag auf ihn abgab. Der glücklicherweise festgenommene Pfarrer Müller hatte hinter einer Tür Deckung und erschwor das Recht. Als bei der Pfarrer eine zweite Person auftauchte, schloß er die Tür ab und nahm die Flucht. Die beiden Einbrecher wurden aber einige Silbergegenstände, die er zu seinem 60sten Geburtstag erhalten hatte, mit.

Wahltag, Landgemeindegang!

Die sozialdemokratischen Teilnehmer am Kreisvertretertag des niederschlesischen Landgemeindeganges in Ober-Salzbrunn treffen sich morgen, Sonnabend, 12 Uhr mittags, im „Preussischen Hof“ zu einer wichtigen Stationsitzung.

Waldenburg. Der weiße Tod im Altkater. Der bekannte Kaufmann Friedrich Wolf aus Freiwaldau wollte eine Wohnungsänderung nach der Stadtgraben unternehmen. Er trat jedoch zu seinem Ziele nicht ein. Wolf starb am anderen Morgen in sehr schlechtem Zustande unterhalb der Hofgasse. Wolf hatte wahrscheinlich eine Kuppe erkrankt, die seinen Tod herbeiführte und dieses im Laufe seiner Krankheit. Nähere Einzelheiten konnten nicht mehr ermittelt werden, da Wolf kurz Zeit nach seinem Tode verstarb.

Waldenburg. Der weiße Tod im Altkater. Der bekannte Kaufmann Friedrich Wolf aus Freiwaldau wollte eine Wohnungsänderung nach der Stadtgraben unternehmen. Er trat jedoch zu seinem Ziele nicht ein. Wolf starb am anderen Morgen in sehr schlechtem Zustande unterhalb der Hofgasse. Wolf hatte wahrscheinlich eine Kuppe erkrankt, die seinen Tod herbeiführte und dieses im Laufe seiner Krankheit. Nähere Einzelheiten konnten nicht mehr ermittelt werden, da Wolf kurz Zeit nach seinem Tode verstarb.

Waldenburg. Der weiße Tod im Altkater. Der bekannte Kaufmann Friedrich Wolf aus Freiwaldau wollte eine Wohnungsänderung nach der Stadtgraben unternehmen. Er trat jedoch zu seinem Ziele nicht ein. Wolf starb am anderen Morgen in sehr schlechtem Zustande unterhalb der Hofgasse. Wolf hatte wahrscheinlich eine Kuppe erkrankt, die seinen Tod herbeiführte und dieses im Laufe seiner Krankheit. Nähere Einzelheiten konnten nicht mehr ermittelt werden, da Wolf kurz Zeit nach seinem Tode verstarb.

Aus der Umgebung

„Vom Rekrutendepot Brodau“

Der beabsichtigte und öffentlich angekündigte Bücherrevue von Harte, Breslau, Kaiser-Wilhelm-Strasse 64, legt Wert auf die Feststellung, daß er mit dem in dem Artikel vom 3. Februar unter der Überschrift „Vom Rekrutendepot Brodau“ genannten Bilderrevue Harte nicht identisch ist.

Wie uns mittlerweile mitgeteilt wurde, haben die „Nationalsozialisten“ das Lafasche Gebäude aus der Konfursmühlstraße erworben und hier eine „Sporthalle“ eingerichtet, die natürlich militärischen Zwecken dient. Am letzten Sonntag sind hier über hundert SA-Männer freiwillig auf den Gendarmenkommissar Hilburgshausen vereidigt worden. Es gab dabei allerdings ein unangenehmes Zwischenfall, als die Brodauer Polizei und dreißig Nazi in voller Kriegsbemalung kletterten, da das Brodau vorläufig noch das Uniformverbot gilt.

Arbeiterin

von einem stürzenden Baum erschlagen

Als die 53jährige Arbeiterin Anna König im Wald Dominikus Grunau, Kreis Breslau, mit Holzarbeiten beschäftigt war, bemerkte sie einen umstürzenden Baum. Sie wurde dem Stamm des Baumes getroffen, niedergebunden und schwer verletzt, daß sie einige Stunden später in einem Breslauer Krankenhaus ihren Verletzungen erlag.

Die Klettendorfer Arbeiter-Samariter im Jahre 1931

Die Kolonne Klettendorf des Arbeiter-Samariter-Bundes kann auf eine sehr rege Tätigkeit zurückblicken. Dienststunden wurden im verflochtenen Jahre 769 1/2 geleistet. Wachen bei Veranstaltungen 108, öffentlich 42 und Privat 66. An Unfällen wurden behandelt: Wunden 108, Knochenbrüche 11, Nervenschädigung 7, Erkrankungen 3, schiebendes 19, zusammen also 158 Hilfeleistungen. Transporte wurden 41 ausgeführt, davon 12 zum Arzt, zum Krankenhaus zur Wache 21.

Zurzeit findet in der Turnhalle ein Kursus unter Leitung von Dr. Soballa statt, an dem sich noch interessierte Frauen und Genossinnen beteiligen können. Anmeldungen sind jeden Dienstag in der Turnhalle Klettendorf entgegenzunehmen.

Brodau. Lob dem Lebensretter. Der Regimentspräsident hat dem Angestellten Otto Przewara, Gumbiner Straße 1, für hilfreiche Mitarbeit bei der Rettung des 10-jährigen Knaben Heinrich Gebauer aus der Ober in der Hinterbeilage eine öffentliche Belobigung im Regimentsamtsblatt unter gleichzeitiger besonderer Anerkennung der Hingabe und Opferfreudigkeit zuteil werden lassen.

Malchin. Unser Frauenabend am 2. Februar außerordentlich gut besucht und wurde mit dem Vortrage „Zur Sonne“ eröffnet. Genosse S. Löbe hielt ein Referat über Thema: „Was droht uns vom Faschismus?“ Er legte dar, wichtig der kommende Wahlkampf um die Position des Reichspräsidenten ist und ermahnte, uns fernliegende Genossen anflären und mit unseren Männern für die Arbeiterkämpfe. Treue um Treue. Dann blieben wir noch einige gemütlich beisammen und mit dem Abingen einiger Vorträge einem dreifachen Hoch auf die SPD. wurde unser Frauenabend beendet.

Waldenburg. Von der Eisenbahn. Die 10. Sitzung der Sozialdemokratischen Partei, welche am vergangenen Sonntag bei Jasko stattfand, hatte sich trotz der nachteiligen sozialistischen Einstellung vieler Waldenburger Einwohner einen guten Besuch zu erfreuen. Genossin Ansoerge referierte über die politische Lage und über die Bildung der Eisenfront. Sie verstand es meisterhaft, die Anwesenden in eine einheitsstimmige Referat in Bann zu halten. Am Ende der Sitzung beteiligten sich die Genossinnen Schwarz und Kisch sowie die Genossen Gaje und Teuber. Der anwesende Kommissar hatte nicht den Mut, den Ausführungen der Genossin entgegenzutreten. Mit einem dreifachen Hoch auf unsere Partei und dem Abingen der Internationale fand die Versammlung ihr Ende.

Waldenburg. Aus der Partei. In der sehr gut besetzten Parteiverammlung hielt eingangs Genosse Gustav Schmitt einen Vortrag über Not und Elend der Arbeitslosen, der viel Beifall fand. Genosse Gerlach berichtete anschließend über die Mitgliederbewegung der Ortsgruppe im vergangenen Jahre. Der Neuwahl des Vorstandes wurden gewählt zum 1. Vorstand Genosse Gerlach, Stellvertreter Genosse Wegehaupt, Kassierer Genosse Hahn, Stellvertreter Genosse Joch, zum Führer Genosse Jen, Stellvertreter Genosse Wisewoge. Mit einem dreifachen Hoch auf die Partei und die Eisenfront wurde die Versammlung dann geschlossen.

Kant. Silberhochzeit feiert heute der Freiwaldauer Paul Baron mit seiner Frau. Baron ist seit Beginn des Vierteljahrhundert auch treuer Leser der „Volkswacht“.

Malchin. A. D. Gerücht um den Konsumverein. Als bei der vorjährigen Rückvergütung bekannt wurde, daß 3 Prozent gezahlt werden können glaubten die hiesigen Genossen dem Konsum einen tüchtigen Stoß versetzen zu können, gaben deshalb durch die hiesige Ortsgruppe bekannt, daß von 5 Prozent Rückvergütung gezahlt werden. Das scheint aber nicht den erhofften Erfolg gebracht zu haben, denn jetzt ist im Ort das Gerücht, daß der Konsum pleite gehen wird. Den Ursprung dieses Gerüchtes braucht man sich wohl nicht Kopf zu zerbrechen. Es ist lediglich festgestellt, daß der Konsum genau so besetzt ist wie vorher. Für die arbeitende Bevölkerung von Malchin und Umgegend gilt daher noch vorher die Parole: Unterstützt euren Konsumverein.

Kant. Einbruch bei Erwerbslosen. Dieben wurden in der Nacht zu Dienstag der Arbeitslosenliebeschöpf, der Chaujeur Karl Schöps und der Anwaltsbeufter heimgeschickt. Den Dieben fielen 12 Kaninchen und Gänse in die Hände, die sie an Ort und Stelle abhändelten.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumark/Nimptsch
Scheidungsamt, Marktstraße 17, Gumbiner Straße 64
Telefon 2704, 2704
Sprechzeiten: Montag 10-12 Uhr, Dienstag 10-12 Uhr, Mittwoch 10-12 Uhr, Donnerstag 10-12 Uhr, Freitag 10-12 Uhr, Samstag 10-12 Uhr, Sonntag 10-12 Uhr

Waldenburg der „Eiserne Front“

Sonnabend, den 6. Februar
Gumbiner, Lokal Waldenburg 20 Uhr. Redner: Gen. Schmitt, Waldenburg, Lokal Dörschel, Rednerin: Gen. Ansoerge, Herrmannsdorf, Lokal Gaste 20 Uhr.

Sonntag, den 7. Februar
Waldenburg, Lokal Ahe, 14 1/2 Uhr. Redner: Genosse Schmitt, Waldenburg, Lokal Dietz, 19 Uhr. Redner: Genosse Schmitt, Waldenburg, Lokal Gutas, 15 Uhr. Redner: Genosse Schmitt, Waldenburg, Lokal Gutsman, 14 Uhr. Redner: Genosse Schmitt.

Begnadigt

Das Schwurgericht Glogau verurteilte im Jahre 1920 das Dienstmädchen M. wegen Ermordung ihrer Dienstherrin zum Tode. Sie hatte ihre Dienstherrin, die Gutsbesitzerin Teige in Fürstentum, von der sie wegen einer Liebesaffäre mit deren Sohn schlecht behandelt wurde, überfallen, ermordet und dann in einen Teich geworfen, wo man sie hat aufgefunden.

Im Wiederannahmeverfahren wurde statt Mord Todschlag angenommen und die Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt. Wegen guter Führung während ihrer Zuchthausstrafe wurde die Strafe durch Festsetzung der zeitlichen Höchstfrist wurde die Strafe durch Festsetzung der zeitlichen Höchstfrist vermindert. Wegen guter Führung während ihrer Zuchthausstrafe wurde die Strafe durch Festsetzung der zeitlichen Höchstfrist vermindert.

Geheimbrennerei ausgedehnt

Von der Landjägererei in Seibitzburg mit dem zuständigen Bezirkskommissar wurde bei dem Geheimbrennereiverfahren Kenntnis in Lischirau, Kr. Guben, der Geheimbrennerei ausgehoben. Sämtliche vorgefundenen Geräte sind beschlagnahmt worden. Ein Raubmörder wird wegen der Verbotsstrafe, daß er an der Angelegenheit beteiligt sei, wurde festgenommen, nach einiger Zeit jedoch wieder entlassen.

Glogau. Freitod in der Reichswehr. Auf der Breslauer Straße erlöbte ein Militär, der der Obergefreite G. von 2. Bataillon des 8. Preussischen Infanterie-Regiments. Die Tat soll — so wird berichtet — am 1. Februar in privaten Stunden zu haben sein.

Seibitz. Ein Raubzug vermisst. Der Polizeikommissar Willi Ruder aus Seibitzburg, der mit seinen Mitarbeitern am 1. Februar in Seibitzburg, Kr. Guben, die Geheimbrennerei ausgehoben, vermisst. Er ist weder in Seibitzburg noch in Waldenburg aufgefunden worden. Die Angelegenheit ist dem Seibitzer Kommissar bekannt. Die Angelegenheit ist dem Seibitzer Kommissar bekannt.

Waldenburg. Ein Raubzug vermisst. Der Polizeikommissar Willi Ruder aus Seibitzburg, der mit seinen Mitarbeitern am 1. Februar in Seibitzburg, Kr. Guben, die Geheimbrennerei ausgehoben, vermisst. Er ist weder in Seibitzburg noch in Waldenburg aufgefunden worden. Die Angelegenheit ist dem Seibitzer Kommissar bekannt. Die Angelegenheit ist dem Seibitzer Kommissar bekannt.

Die sozialdemokratischen Teilnehmer am Kreisvertretertag des niederschlesischen Landgemeindeganges in Ober-Salzbrunn treffen sich morgen, Sonnabend, 12 Uhr mittags, im „Preussischen Hof“ zu einer wichtigen Stationsitzung.

Die sozialdemokratischen Teilnehmer am Kreisvertretertag des niederschlesischen Landgemeindeganges in Ober-Salzbrunn treffen sich morgen, Sonnabend, 12 Uhr mittags, im „Preussischen Hof“ zu einer wichtigen Stationsitzung.

Der zinnische Wohltäter

Gemeinheit eines Satten, der Schenten sollte

Die Stadtmühle in Kellheim hatte die „Freundlichkeit“, der Wohlthätigkeit einen Saft Mehl zu schenken, aber auch die Wohlthätigkeit zu verlangen, daß ihn der Bürgermeister persönlich dorthin trage. Gestern mittag um 11 Uhr holte der Bürgermeister Dr. Sommer das Mehl zu tragen es unter Begleitung einer großen Menge an seinen Bestimmungsort. Wahrheitsgemäß hatte man geglaubt, die Stadt werde auf ein solches „Wohlthätigkeit“ verzichten, aber man hatte sich getäuscht. Ein Bräutigam Bürgermeister!

Neue Unversitätskrawalle

Am Donnerstag mittag kam es in der Berliner Universität zu neuen Nazi-Krawallen. Ihre Ursache hatten die „Demonstrationen“, die sich in den üblichen Schmähdied-Gefängen, „Tuben“ und „Küfen“ und Schlägereien äußerten, in dem Vorgehen der Berliner Nazi-Studenten über das Ergebnis der letzten außerordentlichen Senatssitzung: wegen der Nazi-Mitglieder an der Universität in der vergangenen Woche sind vier Studenten, darunter zwei Nazis, relegiert worden; auch hatte der Führer der nationalsozialistischen Studentenschaft eine Ermahnung erhalten. Wenn jedoch diesmal die Nazi-Krawalle nicht ganz das von den Salentanz-Lausububen erwartete Ergebnis erreichten, so lag das an dem prompten Einwirken der Polizei, der es gelang, die Rädelsführer auf der Tat festzunehmen. Das Vorgehen der Polizei wurde von den Nazis in üblicher Weise mit derart wüsten Prügeleinwirkungen beantwortet, das sich der Rektor schließlich zur Klärung der Universität veranlaßt sah; eine ordnungsmäßige Durchführung der Vorlesungen war nicht mehr möglich. Insgesamt sind elf Krawallmacher listig erwischt. Zehn von ihnen gaben zu, Mitglied der Nationalsozialistischen Partei zu sein!

Schwebend Krebskämpf

In der Berliner Medizinischen Gesellschaft hielt der Stadtmr. Professor Gösta Forssell — genannt der „Strahlentherapeut“ — einen außergewöhnlich interessanten Vortrag über die Bekämpfung des Krebses durch Radiumbestrahlung. In Schweden ist der Krebs vor allem durch Radiumbestrahlung zu bekämpfen. Bemerkenswert ist die strikte Zentralisation der schwedischen Krebsbekämpfung in dem im Jahre 1910 gegründeten, in der ganzen Welt unter dem Namen „Radium-Institut“ (Radium-Heim) bekannten Stockholmer Strahlentherapie- und die starke Ausnutzung der im Lande vorhandenen Radiumvorräte. Im Gegensatz zu Deutschland, wo die Radiumvorräte, die Millionenwerte repräsentieren, sehr gering sind, vertritt Schweden über eine ziemliche Menge von diesem seltensten Stoff der Erde. In Deutschland mußte man sich Notgedrungen auf die „Technik der harten Röntgenstrahlen“ verlassen.

Skandal bei der Reichsberger Arbeitsgemeinschaft für Motor- und Segelflug

In Reichsberg i. B. ist ein Skandal entstanden, der erst in den Anfängen — vermutlich noch weitere Kreise ziehen wird. Gegen Vorstandsmitglieder und Angestellte der Damschwäbische Arbeitsgemeinschaft für Motor- und Segelflug (Reichsberger) wurden bei der Polizei mehrere Anzeigen erstattet. Es geht es sich um Veruntreuungen (Verletzung und Kauf anvertrauter Gegenstände und Unterschlagung von Bar- und Wertpapieren) um Brandstiftung mit Versicherungsgeldern. Wichtige Umstände sprechen dafür, daß der feinerige Brand des Hangars, bei dem alle darin befindlichen Flugzeuge der Vernichtung anheimfielen, gelegt wurde. Die Namen in Haft genommenen Personen werden nicht genannt, da die Verurteilung erst im Anfangsstadium steht und Verdacht und Schuld noch nicht einwandfrei nachgewiesen erscheinen. — Es wird darauf hingewiesen, die Sache der Dams durch Mißbräuche der Versicherungen einzelner nicht in Mißkredit geraten zu lassen. Die ganze Anzahl von Personen habe sich durchaus selbstlos zur Klärung gestellt, und um ihrerwillen dürfe der Gedanke selbst der Schädigung erlöschen. Auch die Stadt Reichsberg trat jedesfalls Förderer der Dams auf.

Frauenrechtler im französischen Senat

Eine Anhängerin des Frauenstimmrechts hat während der Sitzung am Donnerstag wieder einmal auf der Publikumsbühne manifestiert. Sie beschimpfte den Senat, weil er bisher die Beratung des ihm vorliegenden Gesetzentwurfs über das Frauenstimmrecht abgelehnt habe. Um die Kundgebung möglichst lange zu ziehen, wandte die Frau ein geistreiches Wort an: Sie umschlang sich mehrmals mit einer Kette und schloß diese mit einem Vorhängeschloß an ihre Bank an. Als die Saalbedienten die Frau von der Bühne entfernen wollten, ständen sie vor einer schwierigen Aufgabe. Sie mußten schließlich die Bank zertrümmern, um die Frau von ihr loszumachen. Die Manifestantin führte außerdem ihre Rede zu Ende. Die Sitzung mußte abgebrochen werden.

Geheimnis um Agabekow

Ein zweiter Fall Kutsjoff? — Die Reise nach Konstanza — Rumänische Rätsel

Die Pariser Öffentlichkeit beschäftigt sich augenblicklich mit einer Affäre, die an das rätselhafte Verschwinden des weißgardistischen Generals Kutsjoff erinnert. Kutsjoffs Schicksal ist ungewiß; durch Zeugenaussagen ist angeblich festgestellt worden, daß Kutsjoff eines Tages von Agenten der Sowjets im Auto entführt und ermordet worden sein soll. Die genaue Wahrheit wird man vermutlich nie erfahren.

Sehr merkwürdig ist auch der Fall des früheren Leiters des sowjetrussischen politischen und militärischen Geheimdienstes im nahen Osten, Agabekow. Agabekow wurde unter falschen Vorpiegelungen von Brüssel nach Rumänien gelockt. Es mißlang ihm in Konstanza auf einen griechischen Dampfer zu verschleppen; man beschloß deshalb, ihn zu töten. Im letzten Augenblick wurde der Plan von der rumänischen politischen Polizei vereitelt, der Attentäter wurden auch Agabekows politische Nachfolger, Tschernow, ein griechischer Kommunist, ein bulgarischer Kommunist und weitere fünf Personen festgenommen.

Das Ende der Tscheta-Laufbahn

Agabekow, ehemaliger roter Offizier und Teilnehmer des Bürgerkrieges, begann seine Tscheta-Laufbahn im inneren Kaukasus. Eine Zeitlang arbeitete er in Turkestan, wurde dann zum Leiter des Geheimdienstes in Afghanistan ernannt, kam später nach Persien und von dort nach Konstantinopel. Bei ihm liefen die gesamten Fäden der politischen und militärischen Geheimtätigkeit im nahen Osten zusammen. Anfang 1930 kehrte er aber plötzlich seinen sowjetrussischen Auftraggebern den Rücken. Er weigerte sich, nach Moskau zurückzukehren. Er hatte sich in eine junge Engländerin verliebt, wollte sie heiraten, fuhr nach Westeuropa und heiratete das junge Mädchen.

Unmittelbar darauf erfolgten seine Enthüllungen. Er offenbarte den Geheimdienst Sowjetrusslands im fernem und im nahen Osten, betrieb eine große Zahl von wichtigen Namen, nannte unter anderem auch den früheren Sekretär von Stalin, Bakchanoff, und den Leiter des sowjetrussischen Geheimdienstes in Deutschland, Dr. Weidenstein. Die Verhaftungen führten zu zahlreichen Verhaftungen. Für den sowjetrussischen Geheimdienst bedeutete Agabekow eine ständige Gefahr.

Die Millionärin in Odessa

In Paris lebte ein alter Georgier namens Jilia; seine Frau und Tochter befanden sich in Odessa. Jilia litt große Not, während in einer Schweizer Bank mehrere 100 000 Franc lagen, die seiner Frau gehörten. Ohne deren Vollmacht konnte das Geld nicht abgehoben werden. Die Frau erhielt aber von den Sowjetbehörden keine Ausreisegenehmigung. Durch Vermittlung eines Griechen namens Kanajoti lernte Jilia den Konstrukteur für Zentralheizungsanlagen Lecocq kennen. Lecocq besah zahlreiche Bekannte unter den in Paris lebenden Russen, er versprach Jilia behilflich zu sein. Das Vermögen der Frau Jilia in der Schweizer Bank hatte unterdessen in den Vorpiegelungen der Interessenten

die Höhe von vielen Millionen erreicht. Lecocq wandte sich an Agabekow mit dem Ersuchen, ihm zu helfen, Frau Jilia aus Sowjet-Russland herauszuholen. Agabekow, der eine Falle ahnte, ging auf alles zum Schein ein und begab sich zwecks weiterer Befolgung der Angelegenheit nach Sofia. Die Reise verlief ergebnislos; Agabekow kehrte nach Brüssel, seinem ständigen Wohnort, zurück.

Der Mordplan

Lecocq trat zum zweiten Mal an Agabekow heran. Man fuhr gemeinsam nach Bukarest, von da nach Konstanza. Agabekow hatte hier Besprechungen mit verschiedenen Mitgliedern der ausländischen GPU, von denen ein großer Teil aus Bulgarien herbeigekommen war; u. a. lernte Agabekow in Bukarest eine junge Dame kennen, die ihm erzählte, daß ihr Vetter in den nächsten Tagen auf dem griechischen Dampfer „Philomena“ aus Odessa in Konstanza eintreffen würde — ob er ihn nicht an Bord besuchen wolle? Agabekow, der wußte, wo das hinaus sollte, ging auf den Vorschlag nicht ein, sondern informierte die rumänische Polizei. Es wurde in Erfahrung gebracht, daß Agabekow am 9. Januar erschossen werden sollte.

Am Sonnabend, dem 9. Januar, speiste Agabekow in einem konstanzer Restaurant in Gesellschaft von Lecocq zu Mittag, als plötzlich vor dem Hause Lärm entstand; die rumänische Polizei hatte einen Mann namens Alexeff in dem Augenblick verhaftet, als er, den Revolver in der Hand, im Begriffe war, durch das Fenster auf Agabekow zu schießen. Alexeff erklärte, er habe Agabekow aus persönlichen Motiven töten wollen, er sei nach Konstanza aus Konstantinopel gekommen; er mußte aber schließlich ausgeben, auf dem griechischen Dampfer „Philomena“ aus Odessa eingetroffen zu sein. Der ihm abgenommene Revolver war eine militärische Kautschukpistole. Der Kapitän des „Philomena“ gestand, sich bereit erklärt zu haben, auf der Rückfahrt einen Gefangenen nach Odessa mitzunehmen.

Und Agabekow schweigt...

Agabekow ist nach Brüssel zurückgekehrt; die rumänische Polizei soll ihn reichlich entlockt haben. Über die wahren Zusammenhänge will er nichts verlauten lassen. Lecocq hat seinerzeit in dem Lokal verkehrt, das auch von General Kutsjoff besucht wurde; sein Schwager ist Inhaber eines Pariser Hotels, in dem auch Kutsjoff einst gewohnt haben soll. Jilia will in Sowjetdiensten gestanden haben.

Die ganze Angelegenheit scheint reichlich mysteriös. Zieht man die Methoden der rumänischen Polizei in Erwägung, so ist man versucht anzunehmen, daß der ganze Anschlag auf Agabekow vielleicht nichts anderes war, als ein Vorwand leitende Persönlichkeiten des sowjetrussischen Geheimdienstes mit seiner Hilfe einzufangen und unschädlich zu machen. War es doch nicht zuletzt der Tätigkeit Agabekows zu verdanken, daß die kommunistische Organisation in Rumänien so gut wie zerstört wurde? Ist also auch in diesem Fall der frühere Leiter des sowjetrussischen Geheimdienstes im nahen Osten ein Verräter an seinen früheren Auftraggebern?

Skarets „Bilanzen“

Am Donnerstag machten im Berliner Skarel-Prozess die angeklagten Brüder Willi und Leo Skarel Aussagen über die „Bilanzen“ ihrer Firma. Die Staatsanwaltschaft behauptet, daß in den Jahren 1924 bis 1928 sämtliche Bilanzen der Firma Skarel falsch und ohne jede buchmäßige Unterlage zusammengestellt worden seien. So gehe z. B. aus der Bilanz von Ultimo Dezember des Jahres 1925 nicht hervor, daß die Bankschuld bereits zu dieser Zeit eine Million Mark betrug. Im Jahre 1926 sei gleichfalls auf dieselbe Weise die Bilanz aktiv gemacht worden. 1927 sei in der Bilanz ein Gewinn von 211 000 Mark angegeben — in Wirklichkeit hätten damals die Passiven um drei Millionen über die Aktiven gelegen. 1928 soll das Mißverhältnis noch größer gewesen sein; in Wirklichkeit hätte die Unterbilanz mit fünf Millionen Mark angegeben sein müssen; aber die Bilanz der Brüder Skarel zeigte einen Gewinn von 204 000 Mark. Auf diese Vorwürfe der Staatsanwaltschaft und die entsprechenden Vorhalte des Vorsitzenden mußten die Brüder Skarel zwar viel, aber nichts wesentliches zu erwidern. Der Vorsitzende hatte Mühe, die abschweifenden Angeklagten immer wieder zum Thema zurückzuführen. Als Leo Skarel von seinem Kennstall erzählen wollte, meinte der Vorsitzende, daß er für seine Person von Pferden nichts verstehe. Darauf Leo Skarel: „Dafür verstehen Sie aber von anderen Dingen viel. Sie könnten doch Generaldirektor eines großen Konzerns sein.“ Amtsgerichtsrat Keffner gab indessen zu verstehen, daß er auf einen solchen Posten, noch auf die Komplimente Leo Skarels allzu großen Wert lege. Aber auch Willi Skarel wollte seine Höflichkeit unter Beweis stellen. Als ihn der Vorsitzende fragte, ob er überhaupt wisse, was Debitoren seien, erwiderte er mit freudlichem Lächeln: „Herr Vorsitzender hat mir das neulich erklärt“, — worauf der Vorsitzende unter allgemeiner Heiterkeit antwortete: „Dann ist es schade, daß wir uns nicht schon früher kennengelernt haben.“

Prozess der Düsselbacher Großbetrüger

Am dritten Tage des Kuchel-Kotthmann-Prozesses wurden Vertreter des Barmer Bankvereins, des Schaafhauser Bankvereins, der rheinisch-westfälischen Kreditanstalt für Verkehrsmittel A.G., der Rheinischen Kredit- und der Danabank vernommen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sich die Angeklagten im großen und ganzen belästen. Sie wollten durch falsche Angaben vor Hergebe von Krediten getäuscht werden sein, und zwar durch falsche Wirtschaftsbilanzen. Hätten sie die Wechselwirtschaft des Konzerns gekannt, würden sie nie Kredite gegeben haben. Wiederholt kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Vorsitzenden und Verteidigern, die dem Leiter der Verhandlung Voreingenommenheit vorwarfen.

Verdächtige Verletzungen an den Füßen

Die Dortmunder Polizei hat einen 28jährigen Arbeiter festgenommen, der in dem dringenden Verdacht steht, am Sonnabend aus dem Hinterhalt zwei Männer erschossen und einen anderen schwer verletzt zu haben. Die Untersuchung ergab, daß der Verhaftete Verletzungen an den Füßen hat, wie sie nur beim Laufen in Strümpfen oder mit bloßen Füßen entstehen können. Es ist festgestellt, daß der flüchtende Mörder ohne Schuhe lief und sich an Stachelndrahtzäunen beim Ueberklettern verletzt hat. Der Verhaftete leugnet; doch weist sein Mißbi große Unstimmigkeiten auf.

Explosion an Bord eines Landdampfers

An Bord eines Landdampfers ereigneten sich in Marcusshoof (Pennsylvania) während der Ladung mehrere Explosionen. Man fürchtet, daß von den 40 Mann der Besatzung mindestens sechs ums Leben gekommen sind.

Prinzessin Sternmiez

Von G. H. Rotman.



Prinz Hoppel, der das alles gesehen hatte, stieß in großen Sprüngen zu seinem Vater. Der erlöst gründlich und rief: „O, das ist die alte Sumphere. Aber jetzt lag es mit den Schandalen zu Ende sein, und wenn ich mein Leben daran legen müßte!“

Und der König legte seine Krone auf und ließ den Trommler rufen. Dem gab er den Befehl, alle Große zusammenzutrommeln. Bums, bums, bums, bums! Klängen die dumpfen Klänge durch das Reich, und von allen Seiten kamen die Bewerber aus Frankreich, England, Spanien, Portugal, Dänemark und der General-Verwalter waren natürlich zuerst da. (Fortsetzung folgt)

Proleton

Tonfilmbühne
Gahlstraße 29-32
Hilfenstraße 49
Beginn an den Wochentagen
4.30 6.40 8.50 Uhr

Ab Freitag, 3. bis Donnerstag, 11. Februar
Der Weg ins Leben

Erste russische Großfilm-Regisseur Nikolai Ekk — Ein Standardwerk von unerhörter Lebensschönheit — Ein künstlerisch wertvolles Dokument für Niederbruch und Emporstieg heutiger Menschheit

Im Beiprogramm: **Kvellen — Tangrotaste**
Konzele Wende Wochenschau
Drei Wibelas
mit ihrem einzigartigen Kompositionsakt

Auf der Bühne:
Jugend Zutritt verboten — Preise der Plätze ab 60 Pf. bis 1.50 Mk.
Erwerblos an allen Wochentagen 50% Ermäßigung.

Freitag, 7. Februar, ab 1/3 Uhr: **Große Kinder-Vorstellung**
mit **Charlie Chaplin „Der Unerschrockene“**

Kinder 20 bis 30 Pf. Arbeiter-Sport-Kartell

Generalversammlung der Breslauer Metallarbeiter

Der Deutsche Metallarbeiterverband, Verwaltung Breslau, hielt am 3. Februar seine Vertreter-Generalversammlung ab. Den Klassen- und Geschäftsbericht gaben die Kollegen Keil und Ziegler. Die Verwaltungsstelle zählt am Schluß des Jahres 11.400 Mitglieder, die im vierten Quartal 1931 je über zwölf Beiträge geleistet haben. 308 Mitglieder sind dem Verband in Breslau 1931 neu beigetreten. An Beitragsmarken wurden verkauft im ersten Quartal 132.530, im zweiten Quartal 131.789, im dritten Quartal 137.683 und im vierten Quartal 138.145; insgesamt wurden im Jahre 1931 540.147 Beitragsmarken abgesetzt. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken in Klasse I und II ist stark zurückgegangen, die für Arbeitslose ist gewaltig gestiegen. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 298.787,85 M., für Krankenunterstützung 72.040,00 M., für Streiks 159.635,40 M., für Notlagenunterstützung 59.249,70 M., für sonstige Unterstützungen 12.562,85 M. im Jahre 1931 ausgezahlt. Die gesamten Einnahmen aus Beiträgen und Beitrittsgebühren betragen rund 500.000 M., für Unterstützungen an die Mitglieder wurden allein über 600.000 M. zur Auszahlung gebracht. Es gelangten also über 100.000 M. mehr an Unterstützungen zur Auszahlung, wie Einnahmen aus Beiträgen und Beitrittsgebühren der Mitglieder zu verzeichnen waren. Das Jahr 1931 war ein Jahr der unausgesetzten Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Tariflöhne der getriebenen Arbeiter über 24 Jahre alt sind um 8 Pf. auf 68 Pf. heruntergebracht worden. Dazu sind noch große Lohnkürzungen durch Herabsetzung der Leistungszulagen und durch Verschlechterungen der Affordpreise gekommen. Die Metallarbeiter haben versucht, sich gegen diesen Lohnabbaumaßnahmen mit allen Mitteln zu wehren. In sieben Fällen wurde, um Verschlechterungen abzuwehren, zum Streik gegriffen. Bei allen Kämpfen handelte es sich um Abwehrkämpfe gegen Afford- und Lohnkürzungen. In den Linke-Hufmann-Buch-Werken waren einmal der gesamte Betrieb fünf Wochen lang, zweimal die Abteilungen der Schlosser und Dreher im Streik. Bei Archimedes wurde zweimal zum Streik gegen Afford- und Lohnkürzungen gegriffen. Bei der Firma Schlesijsche Grobeisenfabrik, Fabrik für Zentrifugenanlagen, wurde über einen Monat gestreikt, um die Firma zur Zahlung des Tariflohnes und zur Anerkennung des Tarifs zu zwingen. Bei der Firma C. Herrmann, Brüdenwagenfabrik, wurde um angemessene Affordverbesserungen gestreikt. Außerdem waren die Arbeiter der Firmen S. Meinede, Hydrometer, F. W. Hofmann, Remna und Dyles Erben wegen Affordverbesserungen fünf Wochen lang am Streik beteiligt. Gegenwärtig laufen für die Metallindustrie und alle Branchen wieder Tarifverträge bis zum 30. April 1932 und in einem Falle bis zum 31. Mai 1932. Der Kollege Ziegler betonte, daß trotz der schweren Krise des Kapitalismus ohne die Machtmittel des Staates und ohne Hilfe der Schlichtungsinstanzen die Unternehmer niemals in einem solchen Umfang Lohnkürzungen durchzuführen können, wo die Arbeiterkraft, wie es in der Metallindustrie der Fall ist, gut organisiert ist. (Das ist sehr zu bezweifeln. Die Erfahrungen anderer Krisen beweisen das Gegenteil. Anm. d. Red.) Der Staat hat sich bei diesen Bewegungen nicht neutral eingestellt, sondern seine Machtmittel einseitig gegen die Arbeiter angewandt, um ihre Lebenshaltung herabzudrücken. Unter großer Zustimmung der Versammlung erklärte er, daß die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Breslau unter allen Umständen die proletarische Einheitsfront verlangen und herbeiführen bereit sind. Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist unhaltbar und unfähig geworden, die menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen und die Arbeitslosen zu beschäftigen und zu ernähren. Deshalb müssen die Arbeiter in einer geschlossenen Front gekämpft, geeinigt und befähigt werden, dieses banterotte System zu beseitigen. (Daher die Spaltung der SPD. durch die Sapler! Anm. d. Red.) An der Diskussion beteiligten sich in zunehmendem Sinne die Kollegen Kluge, Gläser und Böckelmann.

Eine von dem Kollegen Kluge eingebrachte Entschließung verlangt von den Gewerkschaften eine Protestkundgebung gegen die Kürzung der Unterstützungen der Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger durchzuführen. Die Entschließung fand einstimmige Annahme.

Die Wahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Ergebnis: Es wurden 341 Stimmzettel abgegeben. Davon waren 2 ungültig. Stimmen erhielten: Als Bevollmächtigte Ziegler 313, Kuhnert 311, als Kassierer Keil 319, Anders 224, als Revisor Herrmann 317, Kühn 315, Pechmann 312, als Beisitzer: Gläser 283, Kinast 263, Klose 260, Tulas 259, Biener 222. Diese Kollegen gelten als gewählt. Außerdem hat Kollege Kiewewetter als Beisitzer noch 201 Stimmen erhalten.

Die Streiklage in Ostoberschlesien

Am Mittwoch sind auf der Giesche-Grube vormittags nur 45 Prozent und nachmittags nur 20 Prozent der Belegschaft eingetroffen. Im Carmer-Schacht ist die Arbeit zum größten Teil wieder aufgenommen worden. Auf der Rosowitzer Grube der Kattowitzer A. G. streiken etwa 1000 Arbeiter. Auf den Gruben im Pleßischen Revier (Strada-Gruben) ist nach einwöchiger Dauer der Streik abgebrochen worden. Auf den Simonowitzer Gruben ist die Stimmung der Belegschaft weiter außerordentlich erregt. Von dort aus Übergriffen, sind jetzt überall die von der Arbeitgemeinschaft geforderte Geheimabstimmung über den Streik abgelehnt, dagegen beschloß die Belegschaft der Haack'schen Kurova-Grube die Entschiedenheit beim Durchführen.

Die Glebova-Grube ist laut Entschcheidung des Demobilisationskomitees mit dem 1. Februar geschlossen worden, und zwar zunächst bis zum 3. März d. J.

Die Entlassungswelle in der ostoberschlesischen Eisenindustrie

Geiern landen beim Demobilisationskomitee die Verhandlungen über die Entlassung von 1200 Arbeitern der Bismarck-Hütte und 1000 Arbeitern der Heino-Hütte laut. Die Entschcheidung ist noch nicht ergangen. Sie dürfte dahin lauten, daß ein Teil der Arbeiter entlassen und der Rest turnusmäßig beurlaubt wird.

Die Königs-Hütte hat wiederum 150 Arbeitern gekündigt.

Wachsende Not im Saargebiet

Im Saarbergbau ist die Not der Bergarbeiter besonders groß. Die Zahl der Hungerstirnen hat sich in den letzten Monaten beinahe verdoppelt, daß die Bergarbeiter die Kurzarbeiterunterstützung für einzelne Tage erhalten. Die Bergarbeiterverbände haben in einer Sitzung an den Reichsarbeitsminister gebeten, die Bestimmungen über die Auszahlung der Unterstützung so zu treffen, daß auch die im Saargebiet Beschäftigten und im deutschen Grenzgebiet wohnenden Bergarbeiter die Unterstützung erhalten. Das war bisher nicht der Fall und hat große Enttäuschung ausgelöst.

Die Versorgungsministerin mußte wegen der ungenügenden Verteilung der Notunterstützung entschuldigt werden. Diese sollte an Leute mit vielen Hungerstirnen verteilt werden, wurde aber auch an solche gezahlt, die ständig beschäftigt waren.

Klassenkampf in Polen

Schwerer Arbeitskonflikt in der Montanindustrie

Die Verschärfung der Wirtschaftskrise hat in Polen eine Anzahl scharfer Arbeitskonflikte ausgelöst. Nur mit Mühe ist bis jetzt in der Montanindustrie ein Rielenstreik, der hunderttausend Berg- und Hüttenarbeiter umfassen würde, vermieden worden, während in Lodz schon seit 14 Tagen ein allgemeiner Berkehrstreik gegen die Lohnkürzungen im Gange ist.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Revier der polnischen Schwerindustrie ist katastrophal; denn die Hauptlast der Arbeitslosigkeit Polens entfällt auf die Gruben- und Hüttenbezirke. Von den mehr als 300.000 Erwerbslosen, die Ende Dezember bei den polnischen Arbeitsämtern eingetragen waren — in Wirklichkeit dürfte die Gesamtbeschäftigung in Polen etwa 600.000 Menschen umfassen — kommt fast ein Viertel auf die ostoberschlesischen Industriebezirke und auf das Kohlenrevier von Dombrowa.

Mitte Januar hat die Schwerindustrie zu einem Generalangriff auf den Lohn angelegt. Die Forderung der Industriellen zielte auf einen allgemeinen Lohnabbau von 21 Prozent ab. Teile der Eisen- und Hüttenarbeiter sollten sogar bis zu 25 Prozent auf einmal gekürzt werden. Da schon die bisherigen Löhne in der polnischen Schwerindustrie weit unter dem tiefsten Stand der mittel- und westeuropäischen Länder stehen — der ostoberschlesische Bergarbeiter erhält pro Schicht 4,80 Mark und der Hüttenarbeiter 5,45 Mark — so hätte die Durchführung des beschlossenen Lohnabbaues die Löhne der polnischen Kumpel auf 3,80 und der Eisenarbeiter auf 4,09 Mark abgebaut. Wenn auch die Lebenshaltungskosten in Polen zweifellos niedriger sind als in Deutschland und in Westeuropa, so hätte ein Wochenlohn nach eingerechneten Abbau von 22,80 Mark für den Bergarbeiter und von 24,50 Mark für den Eisenarbeiter die Lebenshaltung dieser Arbeiterschichten weit unter das Existenzminimum herabgedrückt. Dabei sind die von uns aufgestellten Lebensberechnungen sehr optimistisch gehalten, da sie auf volle Arbeit berechnet sind. Aber sowohl im Kohlenbecken von Dombrowa wie in Ostoberschlesien wird schon seit Monaten scharf verkürzt gearbeitet. Darüber hinaus zielt der Angriff der Unternehmer, unterstützt von gewissen Stellen der polnischen Regierung, darauf ab, soziale Erwerbungen radikal zu streichen und die Berufsverbände der Arbeiter zu vernichten.

Gegen diese scharfmacherischen Pläne hat der Kongress der Arbeitgemeinschaften sämtlicher Gruben und Hütten eine heftige Antwort gegeben. Der Versuch, eine Lohnkürzung um 21 bzw. 25 Prozent der Arbeiterschaft aufzuführen, wurde mit der Androhung eines allgemeinen Streiks beantwortet. Für das ostoberschlesische Gebiet ist dieser Streik in letzter Minute durch den Schiedspruch, der eine achtprozentige Lohnkürzung vorseht, verhindert worden. Die Abstimmung über die Frage des Eintritts in den Streik auf ostoberschlesischen Gruben ist noch in vollem Gange; die Arbeiter haben jedoch, soweit bis jetzt eine Ueberlicht möglich ist, sich dem Schiedspruch fast überall mit großer Mehrheit gegen den Streik ausgesprochen. Nur auf dem Karnals-Freund-Schacht zur Florentinengrube in Hohenlimde gehört, und auf der Grube sind wilde Streiks ausgebrochen. Im Revier von Dombrowa stehen die Dinge im Augenblick noch bei dem Messers Schneide. Wohl rechnet man auch dort, daß die Gefahr eines allgemeinen Streiks behoben wird, doch die Situation ist dadurch scharf zugezogen, daß die Unternehmer mit den Lohnkürzungen seit Wochen im Rückstand sind, und mehreren Gruben von Sosnowice Proteststreiks ausgebrochen.

Die Haltung der polnischen Regierung in dem streikähnlichen Konflikt ist reichlich zweideutig. Auf der einen Seite ist angeklagt der schon ohnehin schwierigen Situation des großen Arbeitskampfes vermeiden, andererseits will sie die gesteigerte Ausfuhr der Devisenbilanz Polens ausgleichen. Kohlenexport, der bisher das härteste Attribut polnischen Handelsbilanz darstellte, hat jedoch durch die Wertung des englischen Pfundes einen schweren Schlag erhalten. Nicht allein von den skandinavischen Märkten, die Polen noch mit insgesamt 9,32 Millionen Tonnen Kohle belieferte, kehrt sich mehr und mehr verdrängt, sondern die englische Kohle bereits über Danzig und Gdingen bis in das Korridorgebiet. Die Subventionen, die die Regierung dem Kohlenbergbau zur Förderung des Exports in Höhe von 2,50 Floty pro Tonne (1,17 Mark) als Darlehen gab, haben die Entwicklung nicht halten können. Unter dem scharfen Druck des verhängnisvollen Währungswirrwarrs bleiben also Ostoberschlesien und Becken von Dombrowa nach wie vor ein wirtschaftliches Gefährtenzentrum schwerster Art.

Die Lage im Dombrowaer Revier

Im Dombrowaer Revier fordern die Arbeitgeber, nachdem sie ursprünglich auch dort eine 20prozentige Lohnherabsetzung verlangt hatten, nur noch eine solche von 8 Prozent unter Berufung auf den ostoberschlesischen Schiedspruch. Die Arbeitnehmersverbände lehnen jegliche Lohnkürzung ab mit dem Hinweis darauf, daß die Dombrowaer Gruben am verlustbringenden Export beträchtlich geringer beteiligt seien als die ostoberschlesischen, was durchaus richtig ist. Die Verhandlungen dauern noch an, die Stimmung ist jedoch ruhig.

Wohlfahrt der Bauwirtschaft

Die „Soziale Bauwirtschaft“, die vom Verband sozialer Baubetriebe herausgegeben wird, macht wichtige Vorschläge für die Anhebung der Bautätigkeit. Sie gehen davon aus, daß von den früheren Finanzierungsquellen des Baumarktes, also von Hypothekenbanken, Sparkassen, Sozialversicherungsanstalten usw., heute und in absehbarer Zeit so gut wie keine Mittel für den Wohnungsbau zu erhalten sind. Eine Ausnahme machen die privaten und die öffentlichen Versicherungsgesellschaften, die ihre Prämienreserven entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen mündelicher anlegen müssen. Das geschieht wohl heute hauptsächlich durch Kauf von Pfandbriefen, Reichsschatzscheinen und anderen Wertpapieren, die insoweit gegenwärtigen Kursstandes besonders hohe Gewinne abwerfen. Derartige Gewinne könne der Wohnungsbau, wie in den Vorschlägen der „Sozialen Bauwirtschaft“ betont wird, nicht bieten. Aber es wäre angebracht, daß die privaten und die öffentlichen Versicherungsgesellschaften durch Reichsgesetz gezwungen werden, ihre Prämienreserven, soweit sie sicher anzulegen sind, als Hypotheken für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Folgeschlag wird dabei ein Zinssatz von 6 Prozent bei voller Verzinsung, um eine Verbilligung der Mieten zu gewährleisten. Den Versicherungsgesellschaften sei das ohne weiteres möglich, da die Prämien mit einem Zinssatz von 4 oder höchstens 4,5 Prozent berechnet sind. Es bleibe noch für die Versicherer immer noch ein ansehnlicher Zinsgewinn.

Die industriellen Beteiligungen des Reiches

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Reichstags beschäftigte sich am Donnerstag mit den industriellen Beteiligungen des Reiches. Im Lager Ueberblick über solche Unternehmungen vor, an denen das Reich beteiligt ist, weiter eine Zusammenstellung von dem Reich übernommenen Beteiligungen. Ein Verzeichnis über die vom Reich gewährten Darlehen soll auf Erfragen des Haushaltsausschusses bereitgestellt werden.

Die Verhandlungen des Haushaltsausschusses liefen wurden für Freitag vertraulich erklärt. Die Gründe für diese Vertraulichkeit liegen auf der Hand, wenn man erfährt, daß die Ueberblick über die Reichsunternehmungen rund 120 Gesellschaften umfaßt, von den größten Aktiengesellschaften angefangen bis zur kleinsten Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Zweifellos ist das Verzeichnis in letzter Zeit noch gewachsen. Die Zahl der vom Reich übernommenen Bürgerschaften soll beinahe das erste Hundert erreicht haben. Leider besteht der „Gesellschaftskongress des Deutschen Reiches“ nicht nur aus guten Unternehmungen. Es befinden sich ganz schlechte darunter.

Verhandlungen mit Frankreich über deutsche Möbel

Zu französischem Handelsministerium ist am Donnerstag ein Abkommen zwischen der französischen

und der deutschen Möbelindustrie unterzeichnet worden, das eine Kontingentierung der Einfuhr deutscher Möbel nach Frankreich und ins Gebiete vorsieht. Das Abkommen fällt in den Rahmen der Arbeiten der deutsch-französischen Wirtschaftskommission.

Befriedigende Entwicklung der Volksfürsorge

Trotz Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit

Die Volksfürsorge hat im Jahre 1931 insgesamt 271.862 Volkserversicherungen mit rund 108,96 Millionen Reichsmark Versicherungssumme und 609.450 Reichsmark Monatsprämien abgeschlossen. In der Groß-Lebensversicherung, Versicherungen bis zu 10.000 Reichsmark gestaffelt, belief sich der Neuzugang auf 3944 Versicherungen mit 8,78 Millionen Reichsmark Versicherungssumme. Dieses gegenüber 1930 zirka ein Drittel gesunkene Resultat ist immerhin noch ein befriedigend zu bezeichnen. Es zeigen sich in diesem Ergebnis vor allem die Auswirkungen der großen Arbeitslosigkeit und der gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung.

Die Leistungen der Volksfürsorge für Versicherungsfälle reichten im Jahre 1931 rund 3,8 Millionen Reichsmark. Summe verteilt sich auf 10.213 Sterbefälle.

Centralverband der Arbeitsinvaliden

Stellungnahme zur Notverordnung

Die große Organisation der Arbeitslosen, die aus 350.000 Mitgliedern zählt, hat dieser Lage auf ihrer Reichskonferenz in Berlin zu den Auswirkungen der Notverordnung, die in vielen Tausenden von Fällen die betroffenen Invalidenrentenempfänger ungenügender Härtefälle Kauf, Stellung genommen. Der Verband hat nachdrücklich abgegebene Versicherung, daß sich die Organisation der Arbeitslosen nicht und nimmer mit den durch die Notverordnung entstandenen Ungerechtigkeiten abfinden könne. Der Verband werde in der nächsten Zeit alle seine Kräfte mobilisieren, diese Ungerechtigkeiten zu mildern.

Die vierte Notverordnung — so betont die Reichskonferenz in einer Entschließung, die den Ertrag ihrer sozialpolitischen Arbeit zusammenfaßt — hat durch ihre Bestimmungen über den Fortfall von Rentenstellen bei Doppelbezug, Streichung Kinder- und Waisenbezüge über das 16. Lebensjahr hinaus, die der Witwenrenten bei Arbeitslosigkeit usw. empfindendes Leid in Hunderttausenden von Rentenfällen geschaffen. In den meisten der betroffenen Fälle sind alte und geschwächte Menschen, die bislang schon in bitterster Not verfaulen haben, die einzigen Bezüge für den Lebensunterhalt, ganz oder zum großen Teil entzogen worden. Die neuen Bestimmungen haben das Leid von Hunderttausenden auf ein einziges unerschütterliches Maß erhöht und damit die Verzweiflungssituation noch tiefer in den Abgrund getrieben.

Der Centralverband hat stets die grundsätzliche Forderung nach einer gefundener Reformierung und Instandsetzung der Invalidenrentenversicherung energig und unerschrocken vertreten und die jetzt von der Reichsregierung ermittelten Reformpläne die volle Unterstützung des Verbandes. Der Centralverband wird sich aber mit äußerster Entschiedenheit dagegen wehren, wenn die Reichsregierung, wie es noch vor kurzem die Meinungen der Arbeiter hat, beschließt, einen weiteren Schritt im Rentenabbau vorzunehmen. Die Reichskonferenz erklärt, daß die Grenze, bis zu der ein Rentenabbau überhaupt erträglich begehrt werden kann, längst überschritten ist.

Die Verbandslitung richtete auf der Konferenz ein Schreiben an die Reichsregierung, die bisher den Kampf der Organisation nicht unterstützt haben, den Appell, durch Beitritt zum Centralverband, der trotz Krise und Notverordnung bestehen als je, die Abwehr der Arbeitsinvaliden zu unterstützen und den Kampf um soziale Gerechtigkeit gegen den Kapitalismus und Sozialreaktion in der Gegenwart zu führen.

Bei Regen, Wind u. Schnee



Neue Preise: RM 0,15 - 1,00